



EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

DER 4. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2023, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort

Donnerstag, 11. Mai 2023

19:00 – 22:00

in der Aula Kirchacker, Neuhausen am Rheinfall

Präsenz

19 Einwohnerräte (ER): Fabian Bolli (GLP), Urim Dakaj (SP), Peter Fischli (FDP), Herbert Hirsiger (SVP), Arnold Isliker (SVP), Thomas Leuzinger (SP), Sara Jucker (SVP), Bernhard Koller (EDU), Roland Müller (Grüne) Randy Ruh (GLP), René Sauzet (FDP), Dr. Ernst Schläpfer (parteilos), Adrian Schüpbach (parteilos), Urs Schüpbach (parteilos), Sabina Tektas Sorg (SP), Marco Torsello (FDP), Luka Vojinovic (Die Mitte), Dr. Jakob Walter (parteilos), Isabella Zellweger (SVP)

Gemeindepräsident (GP): Felix Tenger

Gemeinderäte (GR): Franziska Brenn, Christian Di Ronco, Andreas Neuschwander, Ruedi Meier

Gemeindeschreiberin: Barbara Pantli

Aktuarin: Barbara Zanetti

Vorsitz

Einwohnerratspräsident Urs Schüpbach (parteilos)

Entschuldigt

ER Dr. Urs Hinnen (Grüne)

Protokoll

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 13. April 2023 wurde genehmigt und wird nun im Internet publiziert.

Mitteilungen

Das Büro hat sich getroffen und die Sitzordnung angeschaut. So einfach ist es nicht. Wir versuchen es jetzt mal so.



EINWOHNERRAT

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 13. April 2023

1. Postulat Nr. 2023/01 von Randy Ruh vom 19.04.2023 mit dem Titel: Digitale Partizipation 1-2 Digitaler Dorfplatz zur Förderung eines aktiven Dorflebens
2. Postulat Nr. 2023/02 von Arnold Isliker vom 19.04.2023 mit dem Titel: VBSH Schaffhausen
3. Postulat Nr. 2023/03 von Peter Fischli vom 19.04.2023 mit dem Titel: Postulat 2022.06 «Schutz der Bevölkerung in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall» Änderung des Postulatstext
4. Postulat Nr. 2023/04 von Fabian Bolli vom 19.04.2023 mit dem Titel: Digitale Partizipation 2-2 Verbesserter Informationsfluss und Stärkung der demokratischen Mitwirkung durch digitale Mittel

Übrige beim Einwohnerrat liegende Geschäfte

1. Interpellation Nr. 2022.05 von Roland Müller vom 31. Oktober 2022 mit dem Titel: Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Anlage des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein Neuhausen am Rheinfall.
(noch nicht verhandlungsbereit, da laufendes Verfahren)

Erheblich erklärte und noch nicht erledigte Motionen und Postulate

1. **Motion Nr. 2022.01 von Roland Müller (Grüne)** vom 21. Februar 2022 betreffend Definition von Grünflächen. An der ER-Sitzung vom 12. Mai 2022 erheblich erklärt.
2. **Postulat Nr. 2022.02 von Fabian Bolli (GLP)** vom 12. Juli 2022 mit dem Titel Grün- und Freiraumstrategie präzisieren für eine ausreichende Versorgung mit hochwertigen Ausgleichsräumen. An der ER-Sitzung vom 8. Dezember 2022 erheblich erklärt.
3. **Postulat Nr. 2022.03 von Roland Müller (Grüne)** vom 12. Oktober 2022 mit dem Titel: Einführung einer regelmässigen Kartonsammlung im Sinne einer getrennten Kehrichtabfuhr. An der ER-Sitzung vom 12. Januar 2023 erheblich erklärt.
4. **Postulat Nr. 2022.04 von Fabian Bolli (GLP)** vom 14. Oktober 2022 mit dem Titel: Entwicklung der Gemeinde aktiv gestalten: Einführung von Stabsstellen für die Bereiche Standortförderung, Ortsentwicklung, Ökologie und Energie. An der ER-Sitzung vom 12. Januar 2023 erheblich erklärt.
5. **Postulat Nr. 2022.05 von Fabian Bolli (GLP)** vom 14. November 2022 mit dem Titel: Machbarkeit Ortsmuseum: Naturhistorische, industrielle und kulturelle Schätze Neuhausens zugänglich machen und in Wert setzen.
An der ER-Sitzung vom 2. März 2023 erheblich erklärt.

Pendente Kleine Anfragen

1. **Kleine Anfrage Nr. 2023.01 von René Sauzet (FDP)** vom 22.03.2023 mit dem Titel: "Wie erreichen Personen mit Kinderwagen, «Postwägeli», Rollatoren, Gehhilfen oder im Rollstuhl das Rhytech-Quartier von allen Seiten?"
2. **Kleine Anfrage Nr. 2022.12 von Arnold Isliker (SVP)** vom 14. November 2022 mit dem Titel: "Parkplatzproblem in Neuhausen am Rheinfall".
3. **Kleine Anfrage Nr. 2022.10 von Bernhard Koller (EDU)** vom 7. Oktober 2022 mit dem Titel: Religionsunterricht in Neuhausen - wer ist dafür verantwortlich?
4. **Kleine Anfrage Nr. 2022.08 von Sabina Tektas-Sorg (SP)** vom 19. September 2022 mit dem Titel: Offene Turnhallen in der Wintersaison.
5. **Kleine Anfrage Nr. 2022.03 von Peter Fischli (FDP)** vom 12. Mai 2022 betreffend «Späte Zustellung der Stundenpläne erschwert Vereinbarkeit von Familie und Beruf».

Der Einwohnerratspräsident Urs Schüpbach begrüsst die anwesenden Einwohnerräte, die Gemeinderäte, Medien und Gäste zur 4. Einwohnerratssitzung des Jahres 2023. Einladungen und Traktandenliste wurden rechtzeitig zugestellt.



EINWOHNERRAT

Somit ist die Einwohnerratssitzung eröffnet.

Traktandenliste

1. **Interpellation Nr. 2022.05 von Roland Müller vom 31. Oktober 2022 mit dem Titel: Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Anlage des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein Neuhausen am Rheinfall.**
2. **Postulat Nr. 2023.01 von Randy Ruh vom 27. März 2023 mit dem Titel: Digitale Partizipation Dorfplatz 1/2: Digitaler Dorfplatz zur Förderung eines aktiven Dorflebens.**
3. **Interpellation Nr. 2023.02 von Peter Fischli vom 4. April 2023 in Sachen fehlender Berichtserstattung zur Berufsbeistandschaft unter Missachtung des Beschlusses des Einwohnerrates vom 12. Mai 2022.**
4. **Postulat Nr. 2023.04 von Fabian Bolli vom 5. April 2023 betreffend Digitale Partizipation 2/2: Verbesserter Informationsfluss und Stärkung der demokratischen Mitwirkung durch digitale Mittel.**
5. **Postulat Nr. 2023.03 von Peter Fischli vom 14. April 2023 mit dem Titel: Postulat 2022.06 «Schutz der Bevölkerung in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall» Änderung der Postulatstext i.Z.m. mit der erstmaligen Behandlung im Einwohnerrat**

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Wünscht jemand das Wort zur Traktandenliste?

ER-Herbert Hirsiger:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
Wir sind zum zweiten Mal hier und haben eine Traktandenliste aufgetischt bekommen, bei der wieder der Bericht zur Berufsbeistandschaft fehlt, welchen wir dem Gemeinderat in Auftrag gegeben haben. Ich finde es peinlich, dass wir nicht einmal informiert worden sind, warum der Bericht nicht erscheint. Warum man uns nicht informieren kann. Das verstehe ich nicht. Für mich ist es jetzt wieder protokolliert, und ich werde auch das nächste Mal wieder nach vorne kommen. Besten Dank.

ER-Arnold Isliker:

Ich stelle den Antrag, dass das Traktandum 2 und 4 zusammengelegt wird, da das ja die gleichen Themen sind und diese sollten gemeinsam behandelt werden.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Wir stimmen ab.

Wer das Traktandum 2 und 4 nach einander verhandeln möchte, hebe bitte die Hand.

Wer das Traktandum 2 und 4 nicht nach einander verhandeln möchte, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen



EINWOHNERRAT

Sie haben der Änderung der Traktandenliste mit 14 zu 1 Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

Die geänderte Traktandenliste wird genehmigt und lautet deshalb wie folgt:

Traktandenliste

- 1. Interpellation Nr. 2022.05 von Roland Müller vom 31. Oktober 2022 mit dem Titel: Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Anlage des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein Neuhausen am Rheinfall.**
- 2. Postulat Nr. 2023.01 von Randy Ruh vom 27. März 2023 mit dem Titel: Digitale Partizipation Dorfplatz 1/2: Digitaler Dorfplatz zur Förderung eines aktiven Dorflebens.**
- 3. Postulat Nr. 2023.04 von Fabian Bolli vom 5. April 2023 betreffend Digitale Partizipation 2/2: Verbesserter Informationsfluss und Stärkung der demokratischen Mitwirkung durch digitale Mittel.**
- 4. Interpellation Nr. 2023.02 von Peter Fischli vom 4. April 2023 in Sachen fehlender Berichtserstattung zur Berufsbeistandschaft unter Missachtung des Beschlusses des Einwohnerrates vom 12. Mai 2022.**
- 5. Postulat Nr. 2023.03 von Peter Fischli vom 14. April 2023 mit dem Titel: Postulat 2022.06 «Schutz der Bevölkerung in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall» Änderung der Postulatstext i.Z.m. mit der erstmaligen Behandlung im Einwohnerrat**



EINWOHNERRAT

Traktandum 1**Interpellation Nr. 2022.05 von Roland Müller vom 31. Oktober 2022 mit dem Titel: Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Anlage des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein Neuhausen am Rheinfall.****ER-Präsident Urs Schüpbach:**

Ich erteile ER Roland Müller das Wort zur Begründung seines Vorstosses.

ER- Roland Müller:

Vereine haben,- ich denke, -das ist für alle unbestritten viele positive Auswirkungen auf die Gemeinde und den sozialen Zusammenhalt.

Bieten doch Vereine eine Möglichkeit, Menschen aus verschiedenen Bereichen und Hintergründen zusammenzubringen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Sie schaffen Räume, in denen Menschen zusammenkommen, dies ist für eine Gemeinde Anbetracht der grossen Anzahl von Zuzüglern essenziell.

Insgesamt sind Vereine somit eine wichtige Institution für die Gemeinde und tragen zu einem positiven sozialen Zusammenhalt und einer verbesserten Lebensqualität bei.

Dabei treten unvermeidlich Konflikte auf. Diese können durch verschiedene Ursachen entstehen, sei es durch Missverständnisse, Gesetz- oder Reglementsänderungen oder wie im Falle des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Vereins Neuhausen am Rheinfall durch die Nutzung eines potenziellen Käufers. Konflikte könnten aber auch eine Chance bieten, um Missverständnisse und Differenzen auszuräumen die aus welchen Gründen auch immer seit Langen Bestehen, und somit Beziehungen zu stärken, oder wie in diesem Fall konstruktiv und zielführend eine Lösung zu finden.

Leider wurden m.E. bei der Lösung der Ungereimtheiten die wichtigen Faktoren der Konfliktlösung, wie Kommunikation, Ursachenanalyse und das regelmässige Überprüfen, ob die Lösung funktioniert und ob Änderungen erforderlich sind, nicht oder zu wenig angewendet.

Mit einem konkreten Vorschlag für ein Ersatzareal und der Klärung der finanziellen Abgeltung hätte der Konflikt konstruktiv und nachhaltig gelöst werden können. Der Weg über eine Mediation was nicht ganz leicht ist, da von beiden Seiten Kompromisse notwendig sind, erachte ich ebenfalls für zielführender, statt den Weg über die juristischen Instanzen. Irritierend finde ich bei den Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Anlage des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein Neuhausen am Rheinfall, dass erst heute über das Traktandum gesprochen wird. Meine Fragen in der Interpellation sind ja allgemein gehalten, darum ist die Argumentation des Gemeinderates wegen des hängigen Verfahrens könne das Geschäft nicht verhandelt werden nicht stichhaltig. Ärgerlich aber auch, dass das Gericht so lange hat, da kann der Gemeinderat nichts dafür.

Bei dem ganzen Problem gilt es zu beachten, dass durch die ungewisse Situation die Mitglieder*Innen wegen fehlender Planungssicherheit kein Geld mehr für Erneuerungen der Gehege in die Hand nehmen. Zudem besteht die grosse Gefahr, dass es zu Austritten aus dem Verein kommen wird und keine neue aktive Mitglieder beigetreten sind respektive beitreten werden. Ich verlange Diskussion und ich hoffe wir kriegen hier eine konstruktive Lösung.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Das Wort für die gemeinderätliche Antwort hat Gemeindepräsident Felix Tenger.

GR-Präsident Felix Tenger:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Wie wir bereits mehrfach ausgeführt haben, ist die Auseinandersetzung mit dem Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein schon seit längerem vor dem Kantonsgericht hängig. Normaler-



EINWOHNERRAT

weise äussert sich der Gemeinderat nicht zu laufenden Verfahren. Deshalb wurde die Interpellation auch als nicht verhandlungsbereit taxiert. Nachdem nun aber die Gegenpartei in den vergangenen Wochen an die Öffentlichkeit getreten ist, und teilweise unrichtige Behauptungen in den Raum gestellt hat, möchte der Gemeinderat anlässlich der Beantwortung dieser Interpellation einiges richtig stellen.

Zuerst ist es sicherlich sinnvoll kurz aufzuzeigen, wie es zur heutigen Situation gekommen ist: Die Kleintierzüchter sind seit Jahrzehnten im Rundbuck domiziliert, die Fläche, die sie belegen beträgt 10'672 m², sie haben oder hatten einen Vertrag aus dem Jahr 2001, welcher auf drei Monate kündbar war

In diesen 10'672 m² ist eine Freihaltezone eingeschlossen sowie GB 74, welches 9'175 m² umfasst und als Gewerbezone ausgedehnt ist.

Das Gewerbeband im Rundbuck ist attraktiv, wir haben über 60 Firmen mit über 600 Arbeitsplätze; Moser Uhren, Luma Beef, Ritzmann Reinigung, Gawatech und einige mehr.

Die Gemeinde hat in den letzten Jahren immer wieder Gewerbeband im Rundbuck an Unternehmen verkauft, 2017: 2'400 m² an Marty Systemtechnik, rund 1'000 m² an Martin Lang, Tobler Café, rund 1'000 m² Röbi Eichmann, November 2019: 1'100 an die LOWEL AG und 1'900 m² an die Kettner AG

Für die verbleibende Parzelle (auf welcher sich die Kleintierzüchter befinden) interessieren sich immer wieder Gewerbetreibende, es gab in der Vergangenheit immer wieder Anfragen. Diese Parzelle ist das letzte verbliebene Gewerbeband in unserer Gemeinde.

Erste Info 2019 an den Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein, dass Gemeinde Land benötigt und daher die Kleintierzüchter zusammenrücken oder wegziehen müssen

31.10.2019, schriftliche Ankündigung bezüglich der Kündigung

20.11.2019 Kündigung Vertrag auf Ende Februar 2020, in der Kündigung angeboten, miteinander eine zufriedenstellende Nachfolgelösung zu finden

Am 14.1.2020 fand dann eine Aussprache mit dem Gesamtgemeinderat statt, es konnte dann aber auch im Anschluss daran dann keine gütliche Einigung erzielt werden.

Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein klagte in der Folge gegen die Kündigung

wir fanden uns vor dem Kantonsgericht wieder,

23.8.2021 fand dann die Gerichtsverhandlung statt,

Das Gericht fand sich dann bereit den Prozess zu sistieren, sofern aussergerichtliche Einigung erzielt werden könnte

Der Gemeinderat begrüsst diesen erneuten Versuch eine Lösung zu finden, wir sind an gemeinsamen Lösungen interessiert. Vereine sind wichtig für unsere Gemeinde und die Gemeinschaft, der Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein ist kein grosser Verein (sechs aktive Mitglieder welche Flächen belegen wollen), aber sie haben mit Tügel der offenen Tür sicher zu einer gewissen Bereicherung in unserer Gemeinde beigetragen.

Der Gemeinderat hat sich deshalb auch mit dem Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein zusammengesetzt und über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr verhandelt. Dabei sind jeweils Delegationen der Gemeinde und des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein (u.a. mit dem Präsidenten des Vereins) zusammengekommen.

Dabei haben die Delegationen im Februar 2022 eine Einigung erzielt (und zwar für den Standort Tüfeläcker), Konsens in allen Punkten. Die Details wurden ausgearbeitet und sollten an der Vereinsversammlung abschliessend genehmigt werden. Die Vereinsversammlung des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein hat die ausgearbeitete Lösung dann aber leider abgelehnt. Nun. Dem Gemeinderat war es wichtig, eine gemeinsame Lösung zu erzielen. Er hat sich deshalb nochmals mit dem Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein zusammengesetzt und im November 2022 wurde (wieder in den Delegationen) eine Einigung erzielt (diesmal für den Standort Langriet), wir hatten Konsens in allen Punkten. Zur Präzisierung, Es handelte sich nicht



EINWOHNERRAT

um einen ersten Vertragsentwurf, es lagen die unterschriebene Vereinbarung und der unterschriebene Pachtvertrag vor, diese wurden in allen Details von den Delegationen ausgehandelt und genehmigt.

Wir waren bereit die Verträge zu unterschreiben und bekamen dann die Mitteilung, "völlig überraschend hat die GV die Zustimmung zu den Verträgen an einer ausserordentlichen Generalversammlung verweigert."

Wir haben zweimal Hand geboten für eine einvernehmliche Lösung, zweimal wurde diese Hand ausgeschlagen.

Es stimmt auch nicht, wie nun zu hören war, dass die Verhandlungen nur an wenigen Details gescheitert seien. Vielmehr wurde nach der zweiten Ablehnung gesagt, dass man nun doch lieber wieder in den Tüfelacker gehen wolle.

Nun, die Vermutung liegt nahe, dass der Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein gar nicht vom alten Standort weg will, und alles versucht um so lange wie möglich dort zu bleiben.

Aufgrund dieses zweimaligen Ablehnen eines Einigungsvorschlages musste der GR festhalten, dass auf Seiten des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein offensichtlich kein Interesse an einer gütlichen Einigung besteht, und dass die Vergleichsverhandlungen endgültig gescheitert sind.

Meine Damen und Herren, wir machen keine Endlosschleifen ohne zählbares Resultat. Wir wollten eine Lösung, wir haben unseren guten Willen bewiesen, aber für eine gütliche Einigung braucht es immer zwei. Zu den konkreten Fragen:

- Welches Vorgehen plant der Gemeinderat, um die für alle unbefriedigende Situation zu lösen?

Wie vorstehend geschildert hat der Gemeinderat mehrfach versucht eine gütliche Einigung zu erzielen. Dies wurde in den Delegationen auch erreicht, aber die Vereinsversammlung hat diese jeweils abgelehnt.

- Ist eine aussergerichtliche Einigung geplant?

Ja, das war geplant. Haben über ein Jahr verhandelt. Leider sind wir nicht zu einem Ergebnis gekommen.

Das bedauern wir ausserordentlich. Die Sistierung ist aufgehoben und das Kantonsgericht wird in den nächsten Wochen ein Urteil verkünden.

- In welcher Höhe plant der Gemeinderat den Verein für die versprochenen Abgeltung respektive Erschliessungskosten zu entschädigen.

Wie vorher ausgeführt ist keine Einigung mit dem Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein zustande gekommen.

Inhaltlich werden wir zu den einzelnen Punkten der Verhandlungen nicht Stellung nehmen, es wurde wie bei solchen Verhandlungen üblich, Stillschweigen über die einzelnen Verhandlungspunkte vereinbart.

- Welche Kosten sind durch den Rechtsstreit bis jetzt für die Gemeinde entstanden?

Es sind einige Kosten entstanden. Insbesondere Anwaltskosten. Diese liegen noch nicht vor. Dies Kosten sind aber nicht durch uns verursacht worden, sondern durch den Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein, der uns vor Gericht gezogen hat.

- Ist der GR bereit die Kündigung zu sistieren, wenn die Glühwürmchen Situation noch vertiefte Aufklärungen benötigt, Schutzstatus, Verbreitungsgebiet innerhalb und ausserhalb der Anlage, Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Auszonung/ Entschädigung, etc.?

Nein, die Kündigung wird nicht sistiert. Bezüglich Glühwürmchen wird ein Gutachten erstellt.



EINWOHNERRAT

Für die konkreten Projektziele des Gutachtens haben sich das PNA und die Gemeinde untereinander abgestimmt. Insbesondere werden folgende Inhalte im Gutachten analysiert.

- Erfassung der gesamten Population und dessen Perimeter (Bauland, Waldrand, Wald, Wiesen)
- Bedeutung der Vorkommen betreffend Bauland, Waldrand, Wald und Wiesen
- Notwendige Massnahmen bei Baumassnahmen und Unterhaltsarbeiten zur Sicherstellung einer überlebensfähigen Population
- Ausgleichsmassnahmen, Monitoring und die Einschätzung zur Erforderlichkeit einer überlagernden Schutzzone im Wald respektive am Waldrand

Wir haben nicht vor das Gebiet auszuzonen, wir wollen es vielmehr den Gewerbetreibenden zur Verfügung stellen. Es ist dies eine attraktive Perimeter, welcher es ermöglichen würde, Arbeitsplätze nach Neuhausen zu bringen und/oder zu erhalten.

- Hat der GR schon ein Konzept erstellen lassen um die Population gemäss N HVSH 451.101 zu schützen?

Dies wurde in der vorherigen Frage bereits beantwortet

- Gibt es zurzeit konkrete Anfragen für die Parzelle des Kaninchenzucht- und Vogelschutz Vereins?

Ja, die gibt es. Und wir sprechen hier von vielen Arbeitsplätzen. Wir haben ja beinahe keine Gewerbezone mehr, für die Gemeinde ist es wichtig, diese Parzellen wieder Firmen zugänglich zu machen. Wir sind froh um jeden Arbeitsplatz der in der Gemeinde geschaffen wird. Im Rundbuck haben wir noch diese Möglichkeit, als beinahe einziger Ort in der Gemeinde.

- Wie stellt sich der Gemeinderat die Vereinsförderung grundsätzlich vor?

Wichtig: Legislaturziele: Vermehrte Unterstützung von Vereinen,

Viele Vereine machen auch hervorragende Jugendarbeit und haben teilweise grosse Juniorenabteilungen. Wir haben im Jahr 2023: Fr. 30'000 für Jugendförderung budgetiert. (Steigerung von 30 % gegenüber 2021)

Vereine sind wichtig für Gemeinde und sozialen Zusammenhalt, deshalb macht der Gemeinderat sehr viel für die Vereinsförderung; das alles im Details aufzuzählen würde den Rahmen sprengen,

Um in diesem Zusammenhang jetzt wieder auf den Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein zurückzukommen, was wir nie machen, nie, sind die Interessen eines einzelnen Vereins vor das Gemeinwohl zu stellen.

Besten Dank.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Ich frage ER Roland Müller an, ob er zufrieden ist mit der Antwort oder ob Diskussion verlangt.

ER- Roland Müller:

Ich verlange Diskussion.

ER-Bernhard Koller:

Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr geehrte Gemeinderäte,

Die SVP und EDU-Fraktion hat die Interpellation diskutiert und ist einstimmig zu folgenden Entschluss gekommen:

Wir beantragen nicht eintreten auf dieses Geschäft. Wir respektieren die Schweigepflicht während der prozessualen Phase dieses Geschäfts. Wir sind der Ansicht, dass seit der Kündigung



EINWOHNERRAT

der Kaninchenzucht- und Vogelschutzanlage, bereits sehr viel geschrieben, gesagt und argumentiert wurde. Dabei unterstützte jeder der Beteiligten seine Version der Situation. Durch die Übergabe der Aktenlage an das Gericht ist eine neue Ebene der Eskalation beschränkt worden. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass die Parteien Schweigepflicht einhalten werden. Diese Auflage wurde nicht von allen Beteiligten eingehalten. Wir sind der Ansicht, dass die Schweigepflicht weiterhin für die beiden Parteien verpflichtend sein soll. Sollte auf der Ebene des Einwohnerrates weitere Details vor der Urteilsfindung nötig sein, ist mit der GPK die richtige Kommission zwecks Prüfung des Anliegens bereits vorhanden, welche ebenfalls der Schweigepflicht unterworfen werden kann. Somit ist uns klar, dass wir bis zur Urteilsfindung keine einseitige Auslage der Details vornehmen sollten, weil dadurch unsere Situation geschwächt wird. Sollte sich die Situation ändern, kann der Gemeinderat oder die GPK darüber Auskunft geben. Die SVP/EDU Fraktion möchte dessen unbeachtet darauf hinweisen, dass nach Abschluss des Prozesses inklusive juristischer Urteilsfindung baldmöglichst der Einwohnerrat vollumfänglich und mit allen Fakten und Konsequenzen informiert wird.

ER- Roland Müller:

Eine Anmerkung: bei einer Interpellation gibt es keine Eintretensdebatte.

Aber zu den Antworten von Felix Tenger:

Die Antworten und die Position des Gemeindepräsidenten waren relativ klar. Wichtig ist für die Gemeinde, dass Raum geschaffen wird für Betriebe, das ist grundsätzlich nicht schlecht.

Aber, jetzt kommt das Aber:

Wenn natürlich das, der prioritäre Plan ist, wird natürlich auch dementsprechend die Verhandlung oder respektive das Angebot aussehen. Wenn der Gemeindepräsident nun sagt, die Partei, also Kaninchenzucht- und Vogelschutz Verein, hat das Angebot abgelehnt, ist die Frage: Wie einseitig war das Angebot? Ich kenne die Details nicht, es geht auch nicht darum, sondern es geht um den Prozess. Mir ist absolut klar, dass währenddessen der Fall noch läuft man nicht darüber reden kann, aber die Fragen die ich gestellt habe, haben nichts mit dem Resultat zu tun, sondern mit dem Prozess. Und nochmal: wenn der Gemeindepräsident sagt, die Verhandlung ist gescheitert, es gab ein Kompromiss, bzw. der Verein war damit einverstanden, ist das Problem, dass das Gremium welche solche Verhandlungen ratifiziert die Mitgliederversammlung ist und nicht der Vorstand. Ich persönlich hätte mir wirklich gewünscht, dass man da eine Lösung findet, dass man da miteinander spricht und einander zugeht. Ich finde es nach wie vor schade, dass das nicht möglich war.

ER- Marco Torsello:

Geschätzter Gemeinderat

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die Angelegenheit scheint uns sehr verstrickt zu sein und es scheinen auch viele Emotionen mit im Spiel zu sein. Es verwundert daher auch nicht, dass ein Verfahren im Gange ist – was natürlich sehr schade ist.

Die FDP hat darum auch einige Fragezeichen:

1. Warum eine solche Angelegenheit überhaupt im Einwohnerrat diskutiert werden muss. Schlussendlich ist es Sache des Gerichts hier ein rechtskräftiges Urteil zu fällen.
2. Wie der Gemeinderat ausgeführt hat, gab es einen intensiven Austausch zwischen ihm und dem Verein und es gab auch Angebote für einen Standortwechsel. Uns ist es ein Rätsel, warum solche Angebote abgelehnt wurden und es wirkt auf uns unbeteiligte Personen so, als sei man gar nicht an einer einvernehmlichen Lösung interessiert, sondern man spielt auf Zeit.

EINWOHNERRAT

ER-Präsident Urs Schüpbach:
Die Diskussion hat sich erschöpft.

Das Geschäft ist erledigt.



EINWOHNERRAT

Traktandum 2**Postulat Nr. 2023.01 von Randy Ruh vom 27. März 2023 mit dem Titel: Digitale Partizipation Dorfplatz 1/2: Digitaler Dorfplatz zur Förderung eines aktiven Dorflebens.****ER-Präsident Urs Schüpbach:**

Ich frage ER Randy Ruh und seine Mitunterzeichner an, ob sie zur schriftlichen Begründung des Postulates Ergänzungen anbringen möchten.

ER-Randy Ruh:

Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende

Wie bereits in meinem Postulat geschrieben wird Neuhausen gerne als Schlafstadt oder Schlafdorf bezeichnet. Meiner Meinung nach stimmt das nicht. Neuhausen hat viel mehr zu bieten als man im ersten Moment denkt und erwartet. Egal ob es sich um das Vereinswesen oder das lokale Gewerbe handelt, in Neuhausen kann man weiterhin viel unternehmen. Dass «früher» ein noch etwas grösseres Angebot vorhanden war, kenne ich nur aus Erzählungen und will ich natürlich auch nicht dementieren. Viel wichtiger ist es mir in die Zukunft zu schauen und das entsprechende Angebot in Neuhausen weiter zu erhalten und wieder auszubauen. Ein grosses Angebot ist für uns alle großartig – kurze Wege sind heutzutage essenziell und bringen viele Vorteile. Ein grosses Angebot muss aber auch Bekanntheit erlangen, denn solange dies nicht in der gesamten Bevölkerung präsent ist, kann es auch nicht genutzt werden. Genau aus diesem Grund möchte ich den Gemeinderat in Form des Postulats damit beauftragen, die Einführung einer digitalen Kommunikationsplattform zu prüfen, welche es allen Akteuren in Neuhausen ermöglicht, zentral zu kommunizieren.

Neben der Möglichkeit, dass Vereine, Institutionen, Behörden, lokale Gewerbe und vor allem alle Einwohnenden der Gemeinde zentral miteinander kommunizieren können, biete eine solche Plattform die Chancen die Gesellschaft zu stärken, die Partizipation zu fördern und die Lebensqualität durch zeitnahe Kommunikationen und transparenten Austausch zu verbessern. Es gibt viele Gründe, warum die Einführung eines digitalen Dorfplatzes für die Gemeinde Neuhausen zum jetzigen Zeitpunkt genau richtig ist.

Erstens ermöglicht uns ein digitaler Dorfplatz eine bessere Kommunikation und Vernetzung innerhalb unserer Gemeinde. In unserer heutigen digitalen Welt ist es entscheidend, dass wir über Plattformen verfügen, die es uns ermöglichen, Informationen schnell und effizient auszutauschen. Es kann über lokale Angelegenheiten diskutiert, Veranstaltungen geteilt, Meinungen geäußert und Ideen ausgetauscht werden. Dadurch werden Barrieren abgebaut und der Dialog zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern gefördert.

Zweitens fördert ein digitaler Dorfplatz die Partizipation und das bürgerschaftliche Engagement. Oftmals fühlt sich die Bevölkerung nicht ausreichend in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Ein digitaler Dorfplatz bietet jedoch die Möglichkeit, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Durch die Nutzung von einer solchen Plattform können alle eine aktivere Rolle spielen, Bedürfnisse und Anliegen äußern und sich an der Entwicklung von Projekten und Initiativen beteiligen. Dies fördert ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Mitgestaltens, was letztendlich zu einer stärkeren Gemeinschaft führt.

Drittens verbessert ein digitaler Dorfplatz die Transparenz und den Zugang zu Informationen. Oftmals fehlt es an Transparenz in Bezug auf lokale Entscheidungen, Projekte oder Veranstaltungen. Mit einem digitalen Dorfplatz können wir die Kommunikation zwischen den verschiedensten Akteursgruppen verbessern. Informationen können leicht zugänglich gemacht werden, wichtige Dokumente können geteilt werden und Entscheidungsprozesse können transparenter gestaltet werden. Dadurch entsteht ein Klima des Vertrauens und der Offenheit. Viertens bietet ein digitaler Dorfplatz die Möglichkeit, lokale Unternehmen und Dienstleistungen



EINWOHNERRAT

zu unterstützen. Indem wir eine Plattform haben, auf der lokale Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen präsentieren können, können wir den Handel vor Ort fördern und die lokale Wirtschaft stärken.

Darüber hinaus ist es wichtig anzumerken, dass ein digitaler Dorfplatz wie zum Beispiel Crossiety auch den demografischen Wandel berücksichtigen kann. Es handelt sich um eine inklusive Plattform, die verschiedene Altersgruppen anspricht. Ältere Personen können von den digitalen Möglichkeiten profitieren, um leichter mit anderen in Kontakt zu treten und am Gemeinschaftsleben teilzunehmen. Gleichzeitig können jüngere Generationen ihre digitalen Fähigkeiten einbringen und die Nutzung der Plattform vorantreiben. Dies fördert den intergenerationalen Austausch und schafft eine vielfältige Gemeinschaft.

Neben den genannten Vorteilen ist es wichtig zu beachten, dass die Einführung eines digitalen Dorfplatzes bereits auch in anderen Gemeinden erfolgreich umgesetzt wurde. Es gibt zahlreiche Erfolgsgeschichten von Gemeinden, die durch die Implementierung einer solchen Plattform ihre Gemeinschaft gestärkt haben. Beispiele in ähnlicher Grösse sind dafür Biberist Solothurn, Rheinfelden Aargau/Baden, Aesch Baselland oder viele weitere. Wir können von diesen Erfahrungen lernen und die besten Praktiken an unsere spezifischen Bedürfnisse anpassen. Schließlich sollten wir auch die potenziellen Kosten und den Nutzen eines digitalen Dorfplatzes berücksichtigen. Während die Einführung und Wartung einer solchen Plattform finanzielle Investitionen erfordert, sind die langfristigen Vorteile für unsere Gemeinde unbestreitbar. Die Kosten sollten daher als eine langfristige Investition in die Zukunft unserer Gemeinde betrachtet werden.

In Anbetracht all dieser Vorteile und Möglichkeiten, freue ich mich auf Ihre Unterstützung. Lassen Sie uns die Chancen nutzen, die uns die digitale Welt bietet, um den Austausch und die Partizipation der Bevölkerung zu fördern.

Besten Dank.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Das Wort zur Stellungnahme des Gemeinderats hat der zuständige Gemeindepräsident Felix Tenger.

GR-Präsident Felix Tenger:

Meine Damen und Herren

Wir sind keine Schlafstadt, das hat Randy jetzt mit seinen Aussagen relativiert.

Wir sind eine sozial und kulturell vielfältige Gemeinde, mit einem tollen Angebot in vielen Bereichen. Das hat ja nicht zuletzt auch die AZ festgestellt, die einige Sonderberichte über Neuhausen am Rheinfall brachte.

Mitwirkung ist wichtig, das haben wir auch in den Legislaturzielen so abgebildet und leben das auch. Ein Marktplatz für die Gemeinde ist ein interessanter Gedanke, wir haben das letzten Sommer angeschaut.

Wir haben dann diskutiert, ob wir auf Facebook gehen sollen, haben das dann wieder verworfen weil dies einen hohen Kontrollaufwand bedeuten würde.

Wir haben dann Crossiety bei uns präsentieren lassen und eine Offerte machen lassen. Das wären CHF 10'000.00 Initialkosten und CHF 15'000.00 wiederkehrende Kosten.

Wir haben auch einen Benchmark gemacht, wie sieht es in anderen Gemeinden aus?

Lohn haben wir als positives Beispiel genommen und haben mit der Gemeindeschreiberin gesprochen. Sie ist eine sehr aktive Person und ist auch ein grosser Fan von Crossiety und promoviert das auch dementsprechend. Dementsprechend gibt es in Lohn einen sehr hohen Anteil an Mitgliedern die Crossiety nutzen.

In der Stadt Schaffhausen:



EINWOHNERRAT

Sie haben das auch angeschaut, dann aber nicht eingeführt, da sie der Meinung waren, dass das eher etwas für kleinere Gemeinden sei und man grössere, wie Facebook in diesem Bereich nicht konkurrenzieren sollte.

Wir haben dann noch andere Gemeinden angeschaut, welche ungefähr unsere Grösse haben: Rheinfelden AG (ca. 11'290 EinwohnerInnen). Sie haben das grenzüberschreitend mit Rheinfelden DE (32'000 EW) gemacht. Sie waren sehr positiv überrascht und die deutsche Seite sehr aktiv sei. Mussten immer wieder Werbungen lancieren, laufend dran bleiben, teilweise Werbekleber auf Briefe etc., aufgeklebt

Fazit: Sie würden es wieder einführen, muss aber zwingend laufend hierfür geworben werden, Romanshorn (ca. 9'490 EinwohnerInnen), mit denen wir auch sonst einen regen Austausch haben, war eher enttäuscht. Sie haben sich viel mehr erhofft.

Es gab nur 800 registrierte Mitglieder und Community wird kaum gebraucht. Es gibt kaum Diskussionen. Schadensmeldungen erfolgen nach wie vor telefonisch nicht über Crossiety. Sie würden es mit heutigem Wissen nicht mehr einführen.

Fazit: Sie würden es nicht mehr machen, eher enttäuscht.

Dann haben wir noch mit Altstätten (ca. 10'777 EinwohnerInnen) gesprochen; sie haben es wieder abgesetzt, da es kaum genutzt wurde. Sie sagten, dass sie Vereine und Schulen bei einem Infoanlass über Crossiety informiert, aber schlussendlich haben diese weiter über WhatsApp und andere Plattformen kommuniziert.

Das Fazit in Altstätten: es hat sich nicht etabliert, Kosten/Nutzen stimmten nicht, darum wurde es wieder abgesetzt.

Wir haben es dann für unsere Gemeinde abgewogen:

Einerseits vom Bedürfnis her: Bevölkerungsstruktur, bisherige Erfahrungen, Benchmarking und wir haben auch die anderen bestehenden Angebote angeschaut; so sind beispielsweise die Vereine ja bereits organisiert, sie haben Trainingspläne, etc. auf Website, oder sind via WhatsApp Gruppen organisiert, dann gibt es bereits verschiedene Marktplätze, Online-Flohmärkte, Dann gibt es Facebook Gruppen wie «Du bisch än Neuhuuser wenn dä Rhyfall i dim Herz ruschet», usw.

Wir waren der Meinung, dass das Bedürfnis der Bevölkerung an einem zusätzlichen Gemeinde-Marktplatz nicht als riesig angesehen wird..

Auf der anderen Seite wird der Aufwand um eine gewisse Frequenz zu erbringen als eher hoch eingeschätzt, das können wir mit den bestehenden Ressourcen nicht stemmen, wir haben den neuen Personalbedarf auf etwa 10- 15 % geschätzt. Wenn wir das alles zusammenrechnen kommen wir auf Kosten von rund CHF 30' - 40'000 wiederkehrend.

Wir haben also sichere Kosten und einen sehr unsicheren Erfolg. Deshalb haben wir das Kosten/Nutzen Verhältnis als nicht stimmig angesehen.

Wir haben beschränkte Gelder und Ressourcen, wir wollen diese dort verwenden, wo wir diese unserer Ansicht nach effizienter und effektiver einsetzen können.

Wir können und wollen nicht Plattformen wie Facebook, die diversen Online-Flohmärkte, WhatsApp, Ricardo etc. konkurrenzieren.

Wir legen den Fokus auf projektbezogene Mitwirkung ja, das werde ich dann beim zweiten Postulat noch ausführen.

Und wir gehen auch eher pragmatisch vor, wir sind der Meinung das passt aber auch eher zur Grösse und Struktur von Neuhausen.

Sie sehen, wir haben dieses Anliegen bereits vor einem Jahr geprüft und auf eine Einführung verzichtet. Wir empfehlen deshalb die Umwandlung des Postulates in eine Interpellation, oder da die Forderung der Prüfung bereits erfüllt ist Überweisung und sofortige Abschreibung.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Diskussion ist frei.



EINWOHNERRAT

ER-Herbert Hirsiger:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste

Die Meinung der SVP/EDU Fraktion geht hier von unnötig bis zum Warum nicht prüfen; deshalb entscheidet sich jeder selbst.

Ich bin der Meinung, dass eine Prüfung nicht schaden kann. Wir haben soeben gehört, dass dies geschehen ist. Es wäre jedoch zu begrüßen, wenn daraus eine Bewegung entstehen würde, welche diese Verzettlung bündeln würde, wenn das eine Möglichkeit wäre. Dass natürlich die Kosten im Blickfeld bleiben müssen, das ist ganz klar. Also wie ich gesagt habe, bei uns wird sich jeder selbst entscheiden. Dankeschön.

ER-Sabina Tektas Sorg:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Die SP-Fraktion hat den Vorstoss auch ausführlich diskutiert. Wir sind uns einig, dass es schön wäre wenn sich die Neuhauser Bevölkerung besser vernetzen könnte, die Vereine sich einfacher zeigen könnten und die hier ansässigen Gewerbe ihre Produkte hier den Neuhauserinnen und Neuhauser präsentieren könnten.

Eine Plattform die zeitgemäss digital vernetzt kann durchaus dazu verführen, dass sich die Menschen auch real vielleicht wieder mehr sehen und zusammenkommen. Das ist sicherlich wünschenswert und wäre ein grosser Gewinn für unsere Gemeinde. Auch nach langer Diskussion konnten wir aber nicht mit Sicherheit sagen, ob das mit der Einführung eines solchen digitalen Dorfplatz auch tatsächlich gelingen würde. Und genau aus diesem Grund, weil wir nicht genau sagen können, was genau der Nutzen ist, welche Personen und Vereine werden tatsächlich erreicht, oder möchten auch erreicht werden; wieviel Zeit und Geld muss man tatsächlich investieren um tatsächlich einen Mehrwert zu haben, sind wir zumindest mehrheitlich zur Überzeugung gelangt, dass wir dieses Postulat überweisen möchten. Ein Grossteil von uns jedenfalls.

Genau dann kann der Gemeinderat diese Fragen dann nämlich klären und ich bin der Meinung es gibt immer noch Potential noch etwas mehr zu klären als das, was bis jetzt bereits geklärt wurde:

- Warum brauchen wir den Dorfplatz? Also wo wäre der konkrete Nutzen?
- Wer genau hat Bedarf? Ich denke man kann schon andere Gemeinden anschauen und schauen, wie es dort läuft, aber ich fände es noch wichtig, dass man bei uns schaut, vielleicht die Vereine direkt anspricht: haben sie Interesse? Wer will sich aktiv einbringen, auch langfristig?
- Ich frage mich auch noch: was muss Gemeinde tatsächlich machen? Wenn ich das richtig verstehe, ist das ja nicht, so dass sie das bewirtschaften muss? Aber vielleicht kann das Randy anschliessend nochmals erklären. Wie ich das verstehe, sind das ja die Akteure die dann aktiv werden, und dass es nicht zwingend von der Gemeinde am Leben erhalten werden muss. Also, dass es eigentlich dann ein Selbstläufer sein sollte.

Also für uns ist zu vieles zu unklar, die Idee aber interessant, und darum finden wir, also ein Grossteil von uns, dass ein Prüfung nicht schaden würde. Ob wir den digitalen Dorfplatz anschliessend auch tatsächlich einführen möchten, das möchten wir jetzt noch offen lassen.

Danke

ER-Roland Müller:

Liebe Anwesende

Partizipation, also Teilhabe der ganzen Bevölkerung am Gemeindegesehen in seiner ganzen Breite ist wertvoll sowohl für die ansässige Wohngemeinschaft als auch die Gemeindebehörden und die politischen Parteien.



EINWOHNERRAT

Die Bürgerinnen und Bürger interessieren und engagieren sich stärker für ihren Wohnort, wenn sie sich hier gut aufgehoben fühlen, sich einbringen können und auch mitsprechen dürfen, was insbesondere für die vielen Nicht-Stimmberechtigten von Bedeutung ist. Sich mit der Gemeinde zu identifizieren und sich gut aufgehoben fühlen heisst auch, darüber Kenntnis zu haben, was sich in der Gemeinde tut, z.B. in Bezug auf Treffpunkte, Einkaufsmöglichkeiten, Sport, Unterhaltung, Vereins- und Freizeitaktivitäten, besondere Anlässe, politische Parteien und anstehende Abstimmungen. Dabei besteht auch die Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen und vernetzen zu können. Umgekehrt können sich das ansässige Gewerbe und die Vereine präsentieren und entsprechende Angebote effektiv darstellen.

Förderlich ist es auch, wenn in einfacher und rascher Weise Informationen über Bereiche wie Abfallentsorgung, Auskunftsstellen, diverse Bewilligungsverfahren oder Beglaubigungen gefunden werden können. Die Zugänge müssen niederschwellig und klar verständlich sein. Eine zielführende Kommunikation funktioniert nur mit einer benutzerfreundlichen Navigation und einer verständlichen Sprache.

So gewinnen die Behörden mehr Reichweite für Informationen über Vorhaben und Projekte wie zum Beispiel im Schulwesen, bei der Ortsplanung oder besonderen Bauvorhaben, so dass die Bevölkerung frühzeitig eingebunden werden kann. Zudem können sie dringliche Informationen effizient an die Bevölkerung herantragen.

Zu diesem Zweck sollte die Gemeinde von der enorm fortgeschrittenen Digitalisierung und den entsprechenden Angeboten profitieren. Die beiden Vorstösse weisen auf die Dringlichkeit und Nützlichkeit von entsprechenden Plattformen hin, die sich mittlerweile bereits in einer Reihe von Gemeinden etabliert haben. Wir Grünen (plural wenn Urs da wäre) stimmen daher den beiden Postulaten mit Überzeugung zu.

ER-Marco Torsello:

Geschätzter Gemeinderat

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die FDP-Fraktion findet die Idee des digitalen Dorfplatzes sehr spannend. Wie bereits die SVP erklärt hat, wird auch bei uns jeder für sich selbst entscheiden. Grund hierfür ist, dass der Gemeinderat bereits Abklärungen und Gespräche mit anderen Gemeinden geführt hat. Ein Prüfungsauftrag in dieser Angelegenheit hätte sich ja somit bereits erledigt.

ER-Randy Ruh:

Ich möchte an dieser Stelle zum Postulat noch eine gewisse Klarheit bringen:

Und zwar wird im Postulat von der Einführung eines digitalen Dorfplatzes gesprochen und nicht der Einführung von Crossiety.

Crossiety ist einfach ein Beispiel, welches im Postulat erwähnt wurde, und von der jetzt viel diskutiert wurde, auch von Seite des Gemeinderates, aber sie ist nur eine Lösung und ich möchte hier auch den Wettbewerb im Raum behalten. Darum geht es hier um die Prüfung von der Einführung eines digitalen Dorfplatzes und nicht von einem spezifischen Produkt. Nichtsdestotrotz gehe ich noch kurz auf die Frage von Sabina ein: Wie Crossiety schlussendlich funktioniert, ohne zu technisch zu werden.

An und für sich ist es eine Dienstleistung, welche man einkauft, welche von Crossiety betrieben wird. Das heisst man kauft dort die Applikation und zahlt die Lizenzen dafür, damit dann jeder in der Gemeinde diese APP nutzen kann.

Der grösste Teil der Verwaltung wird von Crossiety abgedeckt, aber es gibt bestimmte Verwaltungsthematiken welche schlussendlich bei der Gemeinde bleiben: Crossiety kann z.B. nicht zu 100% gegenprüfen, ob ich z.B. wirklich in dieser Gemeinde wohne. Nichtsdestotrotz gibt es dafür ausgeklügelte Verfahren, und das ist auch genau deren Stärke. Hier möchte ich auch etwas weiter gehen, bezüglich dem was Felix Tenger gesagt hat: «man möchte die Grösseren wie Facebook nicht konkurrenzieren», das macht man absolut nicht. Facebook ist dafür bekannt



EINWOHNERRAT

als Grossunternehmen. Es ist eine soziale Plattform, welche sich über Werbung und ganz viele Daten finanziert, und Crossiety ist hier genau das Gegenteil. Crossiety ist eine geschlossene Lösung, wo es darum geht, dass Datenschutz hochgestellt ist, und dass keine Daten abfliessen. Gleichzeitig aber auch sichergestellt wird, dass Anonymität nicht möglich ist. Man muss sich also mit seinem klaren Namen anmelden, sonst geht es einfach nicht. Man kann es also nicht mit Facebook vergleichen, auch wenn gewisse Funktionalitäten gleich sind.

Genauso aus dem Grund, weil wir kulturell so vielfältig sind in unserer Gemeinde, ist es wichtig, dass wir eine digitale Plattform anbieten können, damit wir dort die verschiedenen Kulturen zusammenbringen können. Wir wissen, dass es immer mehr in digitale Räume geht, aber das Ziel soll sein, dass vom digitalen Raum auch wieder mehr in einen physischen Raum übergegangen werden soll. Bezüglich dem Benchmarking: Lohn ist von der Grösse einfach nicht vergleichbar. Ich habe lustigerweise auch mit Rheinfeldern Kontakt gehabt, dort ist auch der Schweizer Teil sehr aktiv und immer noch sehr davon überzeugt von der Lösung. Sie schätzen die Lösung sehr. Schlussendlich stammt daraus auch das Fazit, dass eine saubere Einführung das A und O ist. Das haben möglicherweise auch nicht alle Gemeinden so ernst genommen wie andere. Ich möchte dies nicht als einzigen Grund für das Scheitern hinstellen, aber man sieht, dass bei den Gemeinden (8 insgesamt, auch aus dem Deutschen Raum) mit denen ich Kontakt hatte, alle darauf hingewiesen haben, dass man sich die Zeit für eine saubere Einführung geben muss und keinen Schnellschuss, indem innerhalb weniger Monaten oder Wochen das Produkt einzuführen probiert.

Bezüglich den Kosten: das ist richtig, ich habe genau dieselben Zahlen vor mir. Ich denke auch, dass wir im ersten Jahr so bei CHF 20'-30'000.00 liegen werden, je nachdem, was man hier für ein Pensum seitens Gemeinde festlegt. Ich habe dies aber auch bestätigt bekommen, dass nach der Einführung das Pensum bei 5 maximal 10% liegt. Zur Begründung im Nachhinein, auch wenn ich das natürlich mitbekommen habe, dass bereits gewisse Prüfungen seitens Gemeinde gemacht wurden, bin ich der Meinung es braucht eine saubere umfangreiche Prüfung mit allen Akteuren, damit wir hier ein fundamentiertes Bild für unsere Gemeinde erhalten.

ER-Jakob Walter:

Meine Damen und Herren

Ich werde es ganz sicher nicht brauchen. Ich habe nicht einmal ein Smartphone. Ich bin ein altmodischer Mensch, welcher noch in Läden und in die Beiz geht. Mich stört es auch, dass die heutige Gesellschaft mehrheitlich bloss noch mit dem Smartphone vor dem Gesicht durch die Gegend läuft und mit niemanden mehr redet.

Ich habe einfach ein bisschen Mühe mit der Vorstellung, dass man nochmal etwas auf das Smartphone lädt in der Hoffnung, dass die Leute dann das Smartphone ablegen und wieder miteinander reden. Aber um das zu verstehen bin ich wahrscheinlich zu alt. Ich hätte bloss noch eine Frage: Wir zahlen immer noch jährlich ziemlich viel Geld an das Ortsmarketing, und wenn das irgendwo Sinn macht, dann wäre meine Frage «Gehört das nicht irgendwo dort hin?» und Frage an den Gemeindepräsident: Hat man mit denen vom Ortsmarketing geredet, was die davon halten?

ER-Fabian Bolli:

Geschätzte Anwesende

Ich möchte zu diesem Anliegen gerne drei Dinge sagen.

Einerseits möchte ich dem Gemeindepräsidenten explizit zustimmen, dass diese Investition mit Unsicherheit belastet ist. Wir wissen nicht, wie dieses Angebot eines digitalen Dorfplatzes angenommen würde. Die Beispiele anderer Gemeinden zeigen ein zwiespältiges Bild. Bei den einen scheint es zu funktionieren, bei den anderen gar nicht. Das ist die Ausgangslage. Genauso ist es aber auch klar, dass wir sicher nichts verbessern, wenn wir es gar nicht erst pro-



EINWOHNERRAT

bieren. Gewisse Dinge muss man eben ausprobieren und damit experimentieren. Mit der Partizipation verhält es sich in vielerlei Hinsicht genauso. Weil beispielsweise Crossiety ein «Software as a Service» ist, kann man diesen Service auch relativ einfach wieder einstellen, wenn es denn nicht funktioniert sollte.

Andererseits möchte ich an das Argument der Kosten anschliessen. Einverstanden, es darf nicht ausufern, deshalb hat Kollege Randy Ruh akribische Arbeit geleistet. Er hatte die entsprechenden Zahlen bzgl. Kosten bei einem Anbieter eines digitalen Dorfplatzes ebenfalls angefordert – Noch vor dem Einreichen natürlich. Die jährlichen Betriebskosten belaufen sich auf ca. CHF 15'000. Initial zahlt man CHF 10'000. Das kann man an sich viel finden oder nicht. Letzte Einwohnerratssitzung haben wir eine Bauabrechnung genehmigt, die CHF 500'000 besser abschloss als geplant. Zwar durch Engagement aber auch durch eine gehörige Portion Zufall wurde also ein Betrag eingespart, mit dem der digitale Dorfplatz über dreissig Jahre finanziert ist. Ich bitte also darum, bei den Kosten für solche Investitionen die Verhältnismässigkeit dabei zu berücksichtigen.

Als dritten Punkt finde ich in Sachen Kosten störend, dass der Gemeinderat aufgrund der Arbeitsstunden auf deutlich höhere jährliche Kosten von CHF 40'000 kommt. Nicht weil mich die inhaltliche Aussage stört, sondern weil ich mich zurückerinnere an meine umgewandelte Interpellation zum Thema «Neuhuuser News». Damals fiel auf, dass die Finanzkompetenzen bei einer wiederkehrenden Ausgabe mit einem eingestellten Betrag von CHF 20'000 auf den Punkt ausgereizt wurde. Es wurde dann erklärt, dass dazu noch Arbeitsstunden kämen, die aber – wie das üblich sei – nicht in die Kosten miteingerechnet werden. Je nach eigenem Interesse also eine diametral andere Auslegung. Eine solche sprunghafte Argumentation lässt in Sachen Aufrichtigkeit zu wünschen übrig.

ER-Dr. Ernst Schläpfer:

Geschätzte Einwohnerräte, geschätzte Gemeinderäte, liebe Gäste

Ich rede nicht zum Geschäft. Ich rede zum Formalen.

Ich finde es sehr irritierend wenn der Gemeindepräsident sagt, man soll das Postulat in eine Interpellation umwandeln. Wir diskutieren das ja jetzt. Also ist es ja schon wie eine Interpellation und ich finde es absolut irritierend, wenn er dann sagt, dass wenn man dann das Postulat überweisen würde, soll man es sofort abschreiben. Ich habe den Eindruck, das haben wir heute ja noch einmal, der Gemeinderat ist etwas berichtsmüde.

Ich erwarte mir bei einem Postulat was überwiesen wird, einen anständigen Bericht, den man behandeln und diskutieren kann, und nicht ein sofort abschreiben. Ich werde es kaum überweisen, aber wenn es so weiter geht werde ich es auch überweisen. Ich höre das zum dritten Mal, und zwar erst seit ich das zweite Mal im Einwohnerrat bin, früher hat man das nie gesagt. Es scheint mir der Gemeinderat ist etwas berichtsmüde. Er lässt es an Transparenz und Kommunikationsfähigkeit fehlen.

GR-Präsident Felix Tenger:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Gerne versuche ich diverse Fragen zu beantworten.

Ich fange gleich hinten an, bei Ernst Schläpfer: Umwandlung eines Postulats in eine Interpellation ist übliches Vorgehen, das gibt es immer wieder. Auch das mit dem sofort Abschreiben ist ebenfalls, in diesem Einwohnerrat, nicht sehr häufig aber schon vor gekommen; und im Kantonsrat relativ häufig. Wenn ein Prüfungsauftrag, wie ich ihn dargelegt habe, eigentlich bereits erfolgt ist, ist es Praxis, dass man dann sagt: „Ja ok, er ist bereits erfolgt, wir überweisen das Postulat und schreiben es ab.“

Zur GLP, Fabian Bolli: die Kosten seien nicht Transparent, bzw. ich vergleiche dies nicht korrekt: Die Kosten sind einfach höher bei Crossiety in Bezug auf den Stundenaufwand, welcher da betrieben werden muss, und wir sprechen hier von der Kanzlei.



EINWOHNERRAT

Wenn man bei den Neuhauser News schaut, wer schreibt dort: meistens sind es Referenten, dann haben wir Externe, welche mit den Kosten ausgewiesen sind, dann haben wir Lehrlinge, die dort arbeiten, deren Kosten auch, meiner Meinung nach, vernachlässigbar sind. Für die ist es eine tolle Erfahrung, wir haben dort ein kleines Projekt gemacht, dass die dort mitarbeiten können. Es ist absolut nicht vergleichbar. Wir haben das entsprechend seriös hochgerechnet, wobei zu 100% können wir es auch nicht wissen. Es sind Annahmen, Messungen, die wir aufgrund der Rückmeldungen von anderen Gemeinden gemacht haben.

Was sind nun die Aufwendungen der Gemeinde: es geht um all diese Vereine, all diese Organisationen, all diese Firmen auf Crossiety zu bringen und zu schauen, dass es dann auch Traffic gibt, denn das macht Crossiety nicht.

Crossiety stellt das App zur Verfügung, das ist richtig, aber für den Traffic und die Bewerbung ist dann die Gemeinde zuständig. Das haben wir entsprechend abgeklärt und das haben die beiden Gemeinde, welche es nicht wieder einführen würden, gesagt. Das hat auch Rheinfelden gesagt, aber dort lohnt es sich, wie auch Randy gesagt hat, sie haben auch sehr viele Mitglieder. Dann zu den Grünen und dem Abfallkalender, dass man dann wisse, wo der Abfallkalender sei oder wo man den findet; da muss ich sagen: wir haben, meiner Meinung nach, eine gute Webseite. Wir sind auch sonst im Bereich Digitalisierung im grünen Bereich unterwegs. Wir haben auch E-Anwendungen in der Einwohnerkontrolle; dort kann man sich jetzt elektronisch an- und abmelden. Wir haben auch diverse Bereiche auf der Webseite, wo man sich elektronisch informieren kann. Klar, man kann immer mehr machen, das ist auch kein Thema. Wie ich gesagt habe, wir haben das geprüft und wenn der Einwohnerrat findet, man sollte auch mit den Vereinen sich systematisch austauschen, dann können wir das gerne noch machen.

Die Vereine sollen sich in einer Umfrage äussern, ob sie wirklich bereit sind, auf Crossiety zu gehen. Aber ich sage einfach, dass wir eine gewisse Anzahl von Leuten brauchen, die auch wirklich mitmachen, denn sonst ist es eine Übung, welche wir für die Katze machen, und das wollen wir einfach nicht. Es sind schlussendlich Steuergelder und Ressourcen, welche wir einsetzen, und diese möchten wir dort einsetzen, wo wir einen Erfolg sehen. Bis jetzt sind wir davon ausgegangen, dass dies nicht so effektiv ist, aber wie gesagt wir können diesen Bereich noch gerne systematischer angehen und das Ortsmarketing diesbezüglich noch kontaktieren. Der Gemeinderat hat sich ja nicht gegen die Überweisung des Postulates gestellt, er hat einfach gesagt, dass er die Prüfung bereits gemacht hat, und aus seiner Sicht wäre es nicht notwendig. Aber gerne können wir diese beiden Bereiche noch abklären und mit einem Bericht zurückkehren.

ER-Randy Ruh:

Danke, ich finde es gut, dass auch das Ortsmarketing angesprochen worden ist. Ich sehe auch das Ortsmarketing als essenziellen Player auf dieser Plattform. Aus diesem Grund ist es sicherlich auch wichtig und gut wenn man sie mit einbezieht, denn genau dort könnte man allenfalls Synergien nutzen. Die Aussage von Ernst Schläpfer ist meiner Meinung nach etwas widersprüchlich: ich möchte eine Plattform, welche für mehr Informationen und Transparenz steht, und du wirfst mir genau das vor und sagst du würdest es nicht unterstützen.

Eine Prüfung ist genau darum wichtig, um die Akteure auf die Plattform bringen zu können. Natürlich werden grosse Vereine und Firmen wichtig sein, und es wird anfänglich Aufwand bedeuten, das ist definitiv so, aber hier unterstützt Crossiety deutlich. Im Gespräch mit der Gemeinde Äsch und Rheinfelden habe ich ganz klar gezeigt bekommen, jetzt gerade im Falle von Crossiety, dass eine starke Unterstützung da ist. Also wenn es um Workshops geht oder Infoabende etc., Werbematerial fürs Gewerbe für Vereine usw., hier wird aktiv unterstützt. Ich möchte hier aber nochmal erwähnen, dass es mir hier eine Lösung prüft und nicht unbedingt Crossiety. Schlussendlich: es ist schwierig hier zu überprüfen was denn erfolgreich ist? Das Ziel darf nicht sein, dass man sagt wir brauchen 10'000 Leute auf dieser Plattform, das ist sicher Utopisch, aber ein Bruchteil ist (10-20% in plus minus 1-2 Jahren) durchaus realistisch. Das ist



EINWOHNERRAT

auch schon eine relativ gute Abdeckung, vor allem wenn man daran denkt dass es auch Haushalte gibt, wo nicht die ganze Familie auf der Plattform ist.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Wir stimmen ab.

Wer das Postulat an den Gemeinderat überweisen will, hebe bitte die Hand.

Wer das Postulat nicht überweisen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben das Postulat mit 12 zu 4 Stimmen und 3 Enthaltungen an den Gemeinderat überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.



EINWOHNERRAT

Traktandum 3**Postulat Nr. 2023.04 von Fabian Bolli vom 5. April 2023 betreffend Digitale Partizipation 2/2: Verbesserter Informationsfluss und Stärkung der demokratischen Mitwirkung durch digitale Mittel.****ER-Präsident Urs Schüpbach:**

Ich frage ER Fabian Bolli, und seine Mitunterzeichner an, ob sie zur schriftlichen Begründung des Postulates Ergänzungen anbringen möchten.

ER-Fabian Bolli:

Geschätzte Anwesende

Wie gross ist der Wille, die Partizipation zu stärken?

Nach der vorherigen Behandlung des ersten Vorstosses des Pakets Digitale Partizipation, kommen wir nun zum Zweiten. Der grosse Unterschied liegt dabei in den Akteursbeziehungen. Der digitale Dorfplatz ist eine spezifische Lösung, die verschiedenste Akteursbeziehungen abdeckt: Bevölkerung-Bevölkerung, Bevölkerung-Gemeinde, Bevölkerung-Vereine, Bevölkerung-Gewerbe. - Bei diesem Postulat hier geht es nur um eine einzige Akteursbeziehung: Gemeinde-Bevölkerung.

Deshalb ist unser Antrag im Wortlaut, dass bei den Tätigkeiten der Gemeinde 1) der Informationsfluss mit der breiten Bevölkerung verbessert und die 2) die demokratische Mitwirkung gestärkt wird. - Das sind soweit unsere deklarierten Ziele.

Unsere Ziele entsprechen dabei ziemlich genau der Definition von politischer Partizipation. Die erste Definition von die ich fand – diejenige von Lenz und Ruchlak 2001 – definiert politische Partizipation als die Teilhabe und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Warum fahre ich hier Definitionen auf? Ich möchte damit aufzeigen, dass politische Partizipation im Grunde sehr viel mit direkter Demokratie und Bürgernähe zu tun hat. Möglichst breite und repräsentative Beteiligung müsste unser demokratiepolitischer Anspruch sein. Etwas anders formuliert: «Die Bevölkerung muss abgeholt werden und sich abgeholt fühlen». Das ist nicht nur irgendein normativer Selbstzweck. Das Vertrauen und die Akzeptanz der Tätigkeiten der Gemeinde kann so gesteigert werden, wenn die Anliegen der breiten Bevölkerung besser erkannt werden. Die Entwicklung der Gemeinde wird damit auch eher Bottom-up mitgetragen. Die Leute bringen sich eher ein und engagieren sich.

Die tatsächliche Situation zeigt aber ein anderes Bild: Sowohl die Anzahl der Partizipierenden als auch die Altersverteilung lässt zu wünschen übrig. In der Gesamtsicht ist die Situation daher verbesserungswürdig. Ich glaube das müssen wir schlicht als Umstand akzeptieren, wenn wir denn vorwärtskommen wollen.

Wir müssen uns aber nicht damit abfinden, denn wir können etwas tun. Um die Partizipation zu stärken sollte der Zugang dazu niederschwellig und auf die unterschiedlichsten Lebensrealitäten der Bevölkerung abgestimmt sein. Und das ist sie heute noch zu wenig. Damit möglichst viele und unterschiedliche Leute partizipieren braucht es mehrere Kanäle. Und genau an diesem Punkt setzt unsere Handlungsstrategie an. Die digitalen Mittel sind dafür aus unserer Sicht eine grosse Chance, die heute noch zu wenig genutzt werden. Wir sehen darin den grössten Hebel, um die Partizipation zu stärken.

Die formulierten Ziele sollen deshalb verfolgt werden, indem die Chance digitaler Mittel besser ausgeschöpft wird. Wir anerkennen und schätzen es - wie sie bereits der Begründung des Postulats lesen –, dass die Gemeinde hier bereits punktuell bestrebt ist. Diese Stossrichtung soll durch das Postulat einerseits bestärkt werden. Andererseits fordern wir auch, den Einsatz digitaler Mittel im Sinne der Ziele auszuweiten.

Am Ende des Antrags steht das Vorlegen von Massnahmen. Wir machen im Vorstoss diverse Anregungen und Beispiele, was mögliche Massnahmen sein könnten: Beispielsweise kurze,



EINWOHNERRAT

regelmässige Umfragen zu allgemeinen Themen, eine digitale Sorgenwand oder freiwillige E-Mail-Informationen um den Verbesserungsfluss mit der Bevölkerung zu verbessern. (Herauszuheben ist hier das Wörtchen «mit», es handelt sich also um einen Gegenstrom von Informationen.) Für klassische Mitwirkungsverfahren wiederum gibt es diverse Tools, die versprechen die Kommunikation zu vereinfachen.

Weil gute Partizipation gewiss keine einfache und vor allem auch kein standardisiertes Bestreben ist, wird Näheres zu den Massnahmen aber bewusst offengelassen. Dem Gemeinderat kommt damit ein grosser Handlungsspielraum zu. Der Einsatz dieser oder jener spezifischen Lösung ist nämlich auch überhaupt nicht wesentlich. Nein, die Wesentlichkeit dieses Postulats liegt in der Erreichung der Ziele, «id est» die Stärkung der Partizipation.

Und so schliesse ich wie ich begann. Bei diesem Postulat geht es im Wesentlichen nur um die Frage: Wie gross ist der Wille, die Partizipation zu stärken? Diese Frage haben der Gemeinderat als auch der Einwohnerrat heute Abend für sich zu entschieden.

ER-Präsident Urs Schübach:

Das Wort zur Stellungnahme des Gemeinderats hat der Gemeindepräsident Felix Tenger .

GR-Präsident Felix Tenger:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Das Postulat umfasst ja zwei Bereiche, einerseits den Informationsfluss und andererseits die Stärkung der demokratischen Mitwirkung. Bezüglich dem Informationsfluss sind wir mit dem Postulenten einverstanden, dieser kann immer verbessert werden. Man kann immer mehr machen. Das ist auch eines der Ziele in unseren Legislaturzielen.

1. Schritt: Gemeindeinformationen Neuuser News, übrigens auch auf der Website angeschaut werden kann
2. Soziale Medien: waren wir bis jetzt nicht besonders aktiv, das ist richtig. Wir schauen jetzt auch Instagram an, das werden wir wahrscheinlich in kürze einführen. Das Pflegezentrum hat es bereits. Wir sind auch auf LinkedIn, und werden sicher auch noch weitere Instrumente ansehen.

Aber die Bevölkerung muss auch mitkommen, und es muss eine Nachfrage bestehen. Wir haben keine grosse Kommunikationsabteilung und pflegen auch hier einen pragmatischen Umgang, der auch Kosten/Nutzen berücksichtigt. Wir machen das nebenbei und haben keine dafür zugewiesene Mitarbeiter. Aber es ist ja nicht so, dass wir eine digitale Wüste wären:

Wir haben beispielsweise: e-umzug, die Gemeindebibliothek ist vollständig online, beim E-Voting waren wir sogar Pilotgemeinde. Da mussten wir nochmals zurück, da die Gesetzesgrundlage auf kantonaler Ebene fehlte. Dies wird jetzt nochmal überarbeitet, in diesem Bereich werden wir sicherlich in den nächsten Jahren einen grossen Fortschritt sehen und hier werden wir sicher auch mitgehen aber nicht als erstes, dafür sind wir einfach zu klein. Wir haben weder die finanziellen Mittel noch die Ressourcen.

Zum zweiten Punkt der demokratische Mitwirkung; Hier verstehe ich das Anliegen nicht ganz, das muss ich ganz ehrlich sagen, denn wir machen extrem viel in diesem Bereich. Wir haben diverse mitwirkende Umfragen gemacht wir wollen wirklich Betroffene zu Beteiligten machen: Richtplanung, Engestrasse, Eiserner Steg, Langrietstrasse.

Das machen wir aber ganz pragmatisch mit Microsoft Forms, dort kann man durch einen QR-Code und dem Handy die entsprechenden Fragen abarbeiten und Fragen eingeben, das hat immer einwandfrei geklappt. Es ist ein tolles kostengünstig Tool mit hervorragenden Resultaten.



EINWOHNERRAT

Ich finde virtual Reality Tools auch cool, aber diese finanzielle Ressourcen haben wir nicht, das können wir nicht machen. Wir müssen mit den Steuermitteln haushälterisch umgehen. Solche Elemente haben Grossstädte, ich glaube Dortmund, und auch die Stadt Zürich hat so etwas. Aber gerade die Stadt Zürich orientiert sich bei der Mitwirkung konkret an Projekten und nicht an Online-Whiteboard oder ähnlichem.

Die allgemeine Mitwirkung geschieht in unserer Gemeinde glücklicherweise immer noch sehr direkt, sei das mit Informationen /Anregungen an den Gemeinderat oder die Einwohnerräte: Also wie gesagt im Bereich des Informationsflusses stimmen wir mit der Stossrichtung überein: da können wir mehr machen; Wir haben bereits vorgesehen, auch auf Instagram zu gehen, und werden auch weitere für uns passende Instrumente übernehmen.

Im Bereich der demokratischen Mitwirkung sind wir bereits sehr aktiv, auch verglichen mit anderen Gemeinden. Es ist nicht vorgesehen diesen Bereich noch zu erweitern, wir wollen ja nicht Pioniergemeinde sein.

Wir empfehlen deshalb die Umwandlung des Postulates in eine Interpellation oder eine Abänderung des Postulates nur auf den ersten Punkt oder ansonsten Ablehnung.

ER-Marco Torsello:

Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Als Mitunterzeichner des Postulates möchte ich mich auch noch kurz einbringen, auch wenn Fabian Bolli schon sehr viel hierzu gesagt hat.

Hervorzuheben ist, dass der Gemeinderat in den vergangenen Jahren einen grossen Schritt gemacht hat in Sachen Partizipation – das ist sehr lobenswert und ich glaube, einige BürgerInnen und Bürger schätzen das sehr und nehmen diese Bemühungen auch wahr. Doch leider gibt es noch immer viele Einwohnerinnen und Einwohner, die sich nicht abgeholt fühlen und das Ziel, 100% Zufriedenheit und Zugehörigkeit zu erreichen, ist zwar illusorisch, aber nahezu erstrebenswert. Auf verschiedenen Kanälen, mit einem intensiven Informationsfluss und mit verschiedenen Ideen Partizipation zu gewährleisten, ist ein gewinnbringender Prozess und wird auf Dauer zu mehr Zufriedenheit, Akzeptanz und Support für neue Projekte in der Bevölkerung führen.

Natürlich bringt dies Arbeit und Kosten mit sich. Das Postulat ist bewusst sehr offen formuliert und liefert diverse Ideen, die umgesetzt werden könnten, aber nicht müssen...es gibt bestimmt auch noch viele weitere Möglichkeiten. Je kostengünstiger und je weniger arbeitsintensiv die Massnahmen zur Partizipation sind, desto besser – das grosse Ziel soll einfach sein, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger abzuholen, was schlussendlich dem Gemeinderat, aber auch dem Einwohnerrat in die Karten spielt: So wird seine Arbeit intensiver und bewusster wahrgenommen und hoffentlich auch in der Bevölkerung geschätzt und mitgetragen.

Natürlich empfehle ich das Postulat zu überweisen.

ER- Herbert Hirsiger:

Sehr geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Räte

Grundsätzlich ist auch hier die Meinungsvielfalt der SVP/EDU Fraktion sehr gross. Der Bedarf wird nicht bestritten, was aber bestimmt auf eine negative Meinung stösst, ist die Schaffung einer Stabsstelle für Ortsentwicklung. Hier braucht es keinen Arbeitsplatz der von Steuergeldern finanziert wird. Der Antrag des Gemeindepräsidenten finden wir, durch Nicken zugestimmt von Kolleginnen und Kollegen, überdenkenswert. Also auch hier wird jeder wieder für sich selbst abstimmen.

ER-Urim Dakaj:

Geehrter Präsident, geschätzte Amtskolleginnen und Amtskollegen, geschätzte Gäste



EINWOHNERRAT

Wir sehen dies als eine Möglichkeit für unsere Gemeinde, insbesondere die jüngere Generation miteinzubeziehen. Auch sie soll in unsere Gemeinde eine Rolle spielen, weshalb bei der Kommunikation auch auf die neuen Bedürfnisse Rücksicht genommen werden sollte.

Der Verein „Myni Gmeind“ hat im Jahr 2021 bei 462 Gemeinden nachgefragt, wie es um die Digitalisierung in den Gemeinden steht?

Etwa 80% der befragten Gemeinden sehen die Digitalisierung als Chance.

Die Hauptziele sind dabei die Steigerung der Effizienz sowie die Stärkung der Schnittstelle zum Bürger. Während in der Privatwirtschaft die meisten Services über eine Online-Konto verwaltet werden können, hinkt die Gemeinde hinterher.

Digitale Services können hier helfen, die Bevölkerung vereinfacht in digitale Prozesse einzubeziehen. Durch E-Partizipation und E-Mitwirkung können sich Einwohnerinnen und Einwohner unsere Gemeinde vereinfacht an politischen Vorhaben beteiligen und die Zukunft der Gemeinde mitgestalten.

Die Mehrheit der Fraktion ist für eine Überweisung des Postulats.

Ob wir dieses Postulat tatsächlich einführen wollen, sehen wir es nach einer Prüfung.

Der GR soll den Antrag Prüfen und einen Bericht erstellen.

Danke.

ER-Fabian Bolli:

Vielen Dank für die positiven Rückmeldungen.

Ich möchte noch kurz darauf eingehen:

Bezüglich der Stabsstelle Ortsentwicklung: die Idee hier ist nicht durch diesen Vorstoss zusätzliche Stellenprozente zu schaffen, sondern umgekehrt, dass diese Aufgabe, die Erfüllung dieses Postulats, eine geeignete Aufgabe für die Stabsstelle im Sinne des Postulats, welches wir anfangs Jahr überwiesen haben, ist.

Zum zweiten Punkt: der Gemeindepräsident hat gesagt wir arbeiten pragmatisch im Bereich der Mitwirkung. Pragmatisch hört sich immer gut an. Ich denke, gerade wenn man sagt, wir arbeiten mit direkten Hinweisen, dass dies gut ist, aber man braucht mehrere Kanäle. Ich denke wir haben unterdessen eine etwas kritische Grösse dafür, dass wir nur mit dieser Kultur fahren können. Trotz dieser Kultur, oder vielleicht gerade wegen dieser Kultur könnte es doch sein, dass die Partizipation wie sie heute stattfindet, eben nur einen kleinen Kreis miteinbezieht, da man so eben nur diesen kleinen Kreis erreicht. Aus diesem Grund wäre es schon wichtig, die digitalen Mittel besser auszunutzen um wirklich die breitere Bevölkerung zu erreichen und die Anliegen zu erkennen.

GR-Präsident Felix Tenger:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Nur ganz kurz von meiner Seite: Der Gemeinderat ist einverstanden mit der Stossrichtung der Kommunikation. Hier werden wir auch mehr machen. Und nochmals bezüglich demokratischer Mitwirkung: wir haben bei allen Bauprojekten, welche wir in den letzten Monaten und Jahren hatten, eine Mitwirkung gemacht. Wir machen das bei allen, also bei 100%. Es ist schwierig zu sagen ihr macht das bei 100% aber das genügt nicht. Was sollen wir mehr machen. Wir machen das sehr pragmatisch, über Microsoft Forms, auch kostengünstig. Hier sind wir der Meinung ist das Postulat nicht nötig.

Für den ersten Bereich absolut einverstanden. Bei der Kommunikation können wir sicherlich eine Schippe zulegen, das werden wir auch sicherlich machen, aber im zweiten Bereich, der Mitwirkung, sind wir bereits extrem gut unterwegs.

Vielen Dank.



EINWOHNERRAT

ER-Jakob Walter:

Ich wäre eigentlich froh wenn, wie es der Gemeindepräsident vorgeschlagen hat, das zweite Anliegen zurückgestellt werden könnte. Ich glaube, dass Mitwirkung wahnsinnig gut tönt, aber schon mal vertieft diskutiert werden sollte. Wir sind eigentlich die demokratisch legitimierte Vertretung der Neuhauser Bevölkerung. Dass bei dieser demokratischen Wahl, z.B. alle diejenigen die kein Schweizer Pass haben oder noch nicht 18 sind nicht mitstimmen können, kann man als Schönheitsfehler ansehen, welcher nicht dadurch verbessert wird, dass ganz viele Schweizer, welche keine Steuern zahlen und keine Ahnung haben was hier vorgeht, via Auslandschweizer Stimm- und Wahlrecht mitreden können.

Das ist das eine.

Das andere: es gibt Meinungsumfragen, bei denen das Ziel ist, eine möglichst grosse Zahl an ausgelesenen Menschen zu befragen, also repräsentative Stichproben, und dann gäbe es noch gemeinderätliche Kommissionen die so zusammengestellt werden, sodass möglichst viele Interessen zusammen können.

Und was ist bei einer solchen Zufallsumfrage: ist das etwas mehr als Betroffenheitsdemokratie? Also wenn es genau um mein Haus drumherum ist dann rede ich mit, und was in Langriet draussen stattfindet interessiert mich nicht. Wie will ich bei sowas z.B. zwischen Leute die ernst zu nehmen sind oder irgendwelche Scherzkekse, unterscheiden? Ist es beschränkt auf Stimmberechtigte? Oder kann da jeder oder soll jeder mitmachen? Ich frage mich wer vertritt die Neuhauser Bevölkerung: sind das wir als Einwohnerrat? Wie sollte eine Umfrage gestaltet sein damit sie möglich repräsentativ ist, oder betreiben wir hier nur etwas Aktivismus. Jeder soll und kann irgendetwas schreiben und wir machen dann doch was wir wollen.

Ich wäre froh wenn dieser zweite Teil mindestens zurückgestellt wird und sonst müsste ich, es wäre nicht mein Ziel, mal eine Interpellation machen: wer vertritt die Neuhauser Bevölkerung?

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Wir stimmen ab.

Wer das Postulat an den Gemeinderat überweisen will, hebe bitte die Hand.

Wer das Postulat nicht überweisen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben das Postulat mit 11 zu 8 Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.



EINWOHNERRAT

Traktandum 4**Interpellation Nr. 2023.02 von Peter Fischli vom 4. April 2023 in Sachen fehlender Berichtserstattung zur Berufsbeistandschaft unter Missachtung des Beschlusses des Einwohnerrates vom 12. Mai 2022.****ER-Präsident Urs Schüpbach:**

Ich erteile ER Peter Fischli das Wort zur Begründung seines Vorstosses.

ER-Peter Fischli:

Geschätzter Präsident

Ich glaube nicht dass es nötig ist dies zu begründen. Es sind klare Fragen gestellt worden und der Sachverhalt ist klar und der anwesende Herbert Hirsinger hat schon eingangs sein Unmut geäußert.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Das Wort für die gemeinderätliche Antwort hat Gemeinderätin Franziska Brenn.

GR-Franziska Brenn:

Herr Präsident, geschätzte Mitglieder Einwohnerrat, liebe Anwesende

Am 21. März 2023 habe ich an die Mitglieder der GPK eine Mail gesendet, mit der Begründung weshalb der Bericht noch nicht an den Einwohnerräte und mit ihm an die Öffentlichkeit geraten darf.

Es war sicher eine Fehleinschätzung meinerseits, dass ich damit rechnete, dass von der GPK an die anderen Mitgliedern des Einwohnerrates gesendet würde.

Es war dann meinerseits geplant, dass ich das Mail an der letzten Sitzung vom 13. April 2023 nach dem Eingangsvotum des Präsidenten vorgelesen hätte. Dass mir dann das Wort nicht erteilt wurde, und dann dazu ein Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion und obendrauf eine persönliche Erklärung erfolgte ist sicher erstmalig und ich hoffe einmalig in der Geschichte des Einwohnerrates Neuhausen am Rheinfall.

Also, nun lese ich es vor:

„Geschätzte Mitglieder GPK

Datiert vom 12. April 2022 hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat den Bericht und Antrag betreffend "Anpassung der Pensen der Berufsbeistandschaft und Anpassung Stellenplan" zugestellt. An der Einwohnerratssitzung vom 12. Mai 2022 hat der Einwohnerrat dem Bericht und Antrag zugestimmt. Gleichzeitig hat er den Auftrag erteilt, dass bis Ende März 2023 dem Einwohnerrat einen Bericht betreffend Umsetzung der Massnahmen vorgelegt werden soll.

Die meisten Massnahmen konnten umgesetzt werden. Im November 2022 hat der Gemeinderat dem neuen Organigramm Berufsbeistandschaft und der dazugehörigen Aufgabenzuteilung zugestimmt. Aufgrund krankheitsbedingtem Ausfall von Ende September 2022 bis Ende Januar 2023, konnte das Organigramm nicht wie geplant auf den 1.1.2023 umgesetzt werden. Die Organisationsstruktur ist in Bearbeitung, die Fälle werden gut geführt und das Organigramm kann demnächst umgesetzt werden. Für eine öffentliche Berichterstattung, welche auch in den Medien stattfinden wird, ist es hingegen zu früh. Die Berichterstattung im Mai 2022 hat beim Team viel Unruhe und Unsicherheit ausgelöst. Zudem bedarf es einer Anpassung der Pensen an die Anzahl Klienten, welche vom Gemeinderat noch definitiv festgelegt werden muss.

Die Berichterstattung mit einem ersten Erfahrungsbericht kann spätestens an der Sitzung vom 21. September 2023 traktandiert werden. In der Hoffnung auf Ihr Verständnis grüsse ich Sie freundlich.

Franziska Brenn“



EINWOHNERRAT

Es geht also keinesfalls darum, dem Einwohnerrat wichtige Informationen vorzuenthalten, sondern die Zeit war und ist einfach noch nicht reif für die Öffentlichkeit. Ich bin jedoch stets bereit für ein Gespräch oder einen Besuch im Gemeindehaus. Ich bitte Sie, diese Situation zu respektieren. Es geht um Mitarbeitende, die selbst noch nicht abschliessend über die endgültige Fassung der Umstrukturierung Kenntnis haben, sollen sie es denn den Medien entnehmen?

Wir sind jedoch auf der Zielgeraden. Der Gemeinderat hat im Jahr 2022 um die 20 Anträge nur zur Berufsbeistandschaft beraten und umgesetzt. Es muss betont werden: Gleichzeitig mussten 101 neue Fälle von der KESB aufgenommen und bearbeitet werden. Die Belegschaft wird laufend über Neuerungen informiert, aber aufgrund oben genannter Faktoren konnte die finale Umstrukturierung noch nicht in der Öffentlichkeit debattiert werden.

Nun zu den Fragen:

1. Warum ist dies geschehen?

Ich denke ich habe dies nun soweit wie möglich erklärt.

2. Bis wann wird der überfällige Bericht dem Einwohnerrat vorgelegt?

Als Ziel hat der Gemeinderat den 14. Juni 2023 gesteckt, falls dies nicht möglich wäre, würde der Gemeinderat den gesamten Einwohnerrat frühzeitig informieren.

3. Trägt der Gesamtgemeinderat nicht auch nicht auch Mitverantwortung für taugliche Massnahmen, deren wirkungsvolle Umsetzung und eine auftragsgemässe Berichterstattung?

Der Gemeinderat steht bekanntlich als gesamtes Gremium in der Pflicht der ordnungsgemässen Berichterstattung. Die Verantwortung der Umsetzung steht in der Verantwortung für die Abteilung zuständigen Referates. Die Berufsbeistandschaft ist eine Abteilung des Sozialreferates, die Verantwortung liegt also bei der Sozialreferentin, also bei mir. Ich bin auch zuständig für das Personal und habe wie oben erwähnt dieser Tatsache eine Bedeutung eingeräumt. Aus meiner Sicht hätte ihnen eine öffentliche Berichterstattung nicht zugemutet werden können.

4. Wie will der Gemeinderat künftig verhindern, dass Beschlüsse des Einwohnerrates missachtet werden

Die Beschlüsse werden nicht missachtet, sondern die Lage wurde, wie bereits Anfangs erwähnt, aus meiner Sicht nicht richtig eingeschätzt, das Vorgehen haben wir im Gemeinderat besprochen.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Ich frage ER Peter Fischli an, ob er Diskussion verlangt.

ER-Peter Fischli:

Geschätzter Präsident

Ja ich möchte mich mindestens noch äussern, ob das der Beginn einer Diskussion ist, das müssen meine Kolleginnen und Kollegen im Rat sagen.

Zur Kommunikation: es verwundert nicht, dass alle 5 GPK-Mitglieder diese Interpellation mitunterzeichnet haben. Wir haben ein mit vertraulich gekennzeichnetes E-Mail erhalten. Ich musste zuerst mal rausfinden, wer alles dieses E-Mail erhalten hat. Dann haben wir uns als GPK gefragt und entschieden: «Was machen wir damit? Es ist vertraulich. Also muss es unter uns bleiben und darf nicht weitergegeben werden.» Also insofern muss sich die für die Zuständige für Kommunikation schon überlegen, ob das Vorgehen intelligent gewählt war oder nicht. Und ich denke es ist in der Verantwortung des Gemeinderates Beschlüsse umzusetzen. Die sind hier gefasst worden und es gehört hier eine Antwort her. Und ich bitte auch unseren Präsidenten dies zu beachten. Ich war nicht zufrieden, wie das zum anstehenden Termin erledigt wurde. Wer Diskussion verlangt der kriegt sie. Ich habe gesprochen.



EINWOHNERRAT

ER-Herbert Hirsinger:

Wie einfach es doch ab und zu wäre. Ein kleiner Hinweis: «Wir sind nicht ganz so weit. Wir bitten um eine Fristverlängerung», hätte nicht dazu geführt, dass ich mich nicht hier vorne sondern dort hinten hingestellt hätte und den Gemeinderat mit der CS verglichen habe. Ich habe ihn so dargestellt, als ob er ein Haufen Geld verdienen würde und seinen Job nicht erfüllt. Ich habe das Ganze aber ganz bewusst so gewählt, da es eine klare Verweigerung schien. Deshalb habe ich auch heute das Wort ergriffen. Es war bis jetzt eine Verweigerung, und es hat ja gezeigt, dass wenn natürlich ein Schreiben als Vertraulich rausgeht, und man dann erwartet, dass man dieses an die anderen verteilt, dass dies nicht funktioniert. Ich bedanke mich bei der Referentin für die Informationen und ich bin jetzt mit dieser Antwort zufrieden.
Besten Dank.

GR-Franziska Brenn:

Ich bedanke mich bei dem Einwohnerrat für das Verständnis. Vielen Dank.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft.

Das Geschäft ist erledigt.



EINWOHNERRAT

Traktandum 5**Postulat Nr. 2023.03 von Peter Fischli vom 14. April 2023 mit dem Titel: Postulat 2022.06 «Schutz der Bevölkerung in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall» Änderung der Postulatstext i.Z.m. mit der erstmaligen Behandlung im Einwohnerrat****ER-Präsident Urs Schüpbach:**

Ich frage ER Peter Fischli, und seine Mitunterzeichner an, ob sie zur schriftlichen Begründung des Postulates Ergänzungen anbringen möchten.

ER-Peter Fischli:

Herr Präsident, liebe Ratsversammlung, liebe Gäste

Aus den Ereignissen der letzten Jahre und den Einsatzvorbereitungen zur Energiemangellage können wir schlussfolgern:

Wenn alle zur gleichen Zeit dasselbe Problem haben, dann wird für unsere Gemeinde Neuhausen am Rheinfall nicht viel übrigbleiben.

Insofern bin ich etwas erstaunt, wenn ein Konzept oder ist es eher ein Prozessablauf «Notfalltreffpunkt in Neuhausen am Rheinfall» an der Einwohnerrats-Sitzung Nr. 3 vom 13.04.2023 aufgelegt wird, dass gerade im erwähnten Fall «wenn alle zur gleichen Zeit dasselbe Problem haben» nicht funktionieren kann. Ich empfinde diese Darstellung als unredlich, weil diese suggeriert, dass der Zivilschutz auf Abruf angefordert werden kann. Was bei einem flächendeckenden Ereignis, wenn nicht nur eine einzelne Gemeinde betroffen ist, kaum der Fall sein wird.

Der Zivilschutz wird nicht für die Übernahme zur Verfügung stehen, und zwar ganz einfach, weil der Zivilschutz andere Aufgaben zu erledigen hat, als ein Notfallkommunikationsnetz aufrecht zu erhalten. Zu dieser Aussage stehe ich als Fachperson im Bevölkerungsschutz und Funktionsträger der Kantonalen Führungsorganisation, aber vor allem auch als Abteilungsleiter Zivilschutz und Kommandant der Zivilschutzorganisation des Kanton Schaffhausen.

Es ist richtig, dass bei einem Stromausfall, einem Blackout das Telefonnetz ausfällt. Ebenfalls wird die darauf basierende Notruf-Kommunikation zur Alarmierung der Polizei, der Ambulanz und der Feuerwehr ausfallen. Bei einem Blackout werden die 40 Notfalltreffpunkte in den Schaffhauser Gemeinden durch diese besetzt und rund um die Uhr, 24 Stunden, während 7 Tagen pro Woche, solange wie der Blackout dauert, betrieben werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sich selbst ausrechnen, was das für den Betrieb der drei Neuhauser Notfalltreffpunkte, auf den Pausenplätzen der Schulhäuser Rosenberg, Gemeindewiesen 1 und Kirchacker, nur schon rein personalmässig, bedeutet.

Es stimmt nicht, dass die Zivilschutzorganisation des Kanton Schaffhausen mit der Aufrechterhaltung dieser Notfalltreffpunkte beauftragt ist, das kann ich ihnen sagen. Diese Aufgabe und weitere kommunale Aufgaben des Bevölkerungsschutzes müssen durch die Gemeinden selbst sichergestellt werden.

Wer soll die Wärmeinseln in unserer Gemeinde betreiben, wenn in Folge Blackout die Steuerungen der Heizungen von privaten Wohnungen und Häusern nicht mehr funktionieren?

Wer soll die schwächsten und verletzlichsten Einwohner unserer Gemeinde zu den Wärmeinseln transportieren?

Wer soll die Schwächsten und Verletzlichsten unserer Gemeinde betreuen und versorgen?

Als Neuhauser Einwohnerrat, mit fundierter Ausbildung und einiger beruflichen Erfahrung im Bevölkerungsschutz ist es meine Aufgabe, die Exekutive rechtzeitig darauf hinzuweisen. Ich möchte mir nicht eines sehr wahrscheinlich, schon schneller als uns allen lieb ist, kommenden Tages vorwerfen lassen, es zumindest nicht versucht zu haben, Sie als verantwortungsbewusste Mitglieder des Einwohnerrates darauf hinzuweisen und dem Gemeinderat einen entsprechenden Auftrag zu erteilen. So wie es halt gelegentlich zwischen Legislative und Exekutive stattfindet.



EINWOHNERRAT

Geben wir unserer Exekutive die Aufgabe mehr zu tun als das absolute Minimum und damit ihrem Namen gerecht zu werden. Nicht reaktiv Massnahmen vollziehen, sondern proaktiv vorausschauen, planen und Einsatzvorbereitungen für den Schutz der Bevölkerung von Neuhausen am Rheinfall treffen. Dies jetzt, wo Zeit vorhanden ist und nicht erst im Ereignisfall, wenn unter Druck gehandelt werden muss und die Handlungsoptionen beschränkt sein werden.

Selbstverständlich stelle ich mich der Gemeinde zur Verfügung, falls dies für die Erarbeitung nötig sein sollte. Im Ereignisfall habe ich allerdings andere Aufgaben aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit wahrzunehmen.

«Gouverner c'est prévoir!» Regieren heisst vorausschauen! Liebe Ratsversammlung, das ist unsere Aufgabe, nichts weniger und nichts mehr.

Entsprechend bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Postulat zu überweisen und dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen. So wie es halt gelegentlich zwischen Legislative und Exekutive vorkommen soll. Das ist kein Unglück, sondern das steht so in unserer Gemeindeverfassung.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Das Wort zur Stellungnahme des Gemeinderats hat der Gemeinderat Andreas Neuenschwander.

GR-Andreas Neuenschwander:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Der Postulant hat nun wieder einige neue Inputs gebracht, uns lag das Postulat vor und ich werde mich darauf beziehen.

Das ursprüngliche Postulat wurde zurückgewiesen und somit stellt sich eine ganz neue Ausgangslage mit dem nun eingereichten Postulat Nr. 2023.03. Der Postulant verlangt zwar weiterhin einen Bericht und Antrag, allerdings erschliesst sich dem Gemeinderat nicht, was genau verlangt wird. Die Antwort soll beinhalten, ob und wie Artikel 3, Absatz 3 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungs- und Zivilschutz sowie Artikel 5, Absätze 1 und 2 des kantonalen Bevölkerungsschutzgesetzes eingehalten sind. Aus dieser Sicht sind wir der Meinung, dass eine Information verlangt wird und eben nicht eine Prüfung wie bei einem Postulat üblich, und es eben kein Postulat ist, sondern mittels Interpellation abgehandelt werden sollte.

Es liegt mir fern, euch Unterricht zur Organisation der Schweiz zu geben, trotzdem scheint es mir zielführend, das eine oder andere nochmal in Erinnerung zu rufen. Eine Stärke der Schweiz ist sicher ihr Föderalismus, was nichts anderes bedeutet, als dass die Macht auf Bund, Kantone und Gemeinden aufgeteilt ist und jede Ebene ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen hat. Oder eben, dass Gemeinden, Kanton und Bund zu einer übergreifenden Gesamtheit zusammengeschlossen sind. Bei den angesprochenen Zuständigkeiten auf Gemeindegebiet handelt es sich etwa um das Schulwesen, die Energieversorgung, den Strassenbau, die Ortsplanung oder das Steuerwesen. Die Zuständigkeiten bezüglich dem Bevölkerungsschutz sind in den erwähnten Gesetzestexten klar geregelt. Ein Verbundsystem von fünf Partnerorganisationen, namentlich Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz zeichnet verantwortlich. Während Polizei und Zivilschutz kantonal geregelt sind, fallen zumindest teilweise Verantwortlichkeiten im Gesundheitswesen (in den Alters- und Pflegeeinrichtungen) und den technischen Betrieben in die Verantwortung der Gemeinden, die Feuerwehr liegt in der Verantwortung der Gemeinde.

Doch nun zu den Fragen des Postulanten:

Zu Artikel 3, Absatz 3 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungs- und Zivilschutz, der lautet: Zur Vorsorge und Ereignisbewältigung können weitere Stellen und Organisationen beigezogen werden, insbesondere Behörden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen. Was regelt dieses Gesetz eigentlich? Dazu gilt es den Blick auf Artikel 1, Lit. a zu richten: dieses Gesetz



EINWOHNERRAT

regelt die Aufgaben und die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Dritten im Bevölkerungsschutz. Kapitel 3 regelt dabei die Aufgaben der Kantone und Dritter, Art. 14, Absatz 1 lautet: die Kantone regeln insbesondere die Ausbildung, die Führung und die Einsätze der Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz sowie der weiteren Stellen und Organisationen. Der Kanton, genauer das Amt für Bevölkerungsschutz und Armee ist also zuständig für den Vollzug der eidgenössischen und auch kantonalen Vorschriften über den Bevölkerungsschutz, wie auch für die kantonale Militärbehörde und den Zivilschutz. Dabei nimmt die Abteilung Bevölkerungsschutz die Funktion einer Geschäftsstelle der Kantonalen Führungsorganisation (kurz KFO) ein. Der KFO untersteht auch die Führungsorganisation der Gemeinde, im Fall von Neuhausen am Rheinfall der Gemeindeführungsstab, der im Falle von «besonderen Ereignissen» einberufen wird. Dieser besteht neben den Gemeinderatsmitgliedern aus dem Feuerwehrkommandanten, dem Alarmverantwortlichen, der Gemeindeschreiberin und dem Leiter Verwaltungspolizei. Im Falle eines Ereignisses kann der Führungsstab mit den Leitenden der Heime, der Zentralverwaltung, der Einwohnerkontrolle und des Hoch- und Tiefbaus ergänzt werden. Der Gemeindeführungsstab ist im September 2022 zusammengekommen um proaktiv auf eine mögliche Energiemangellage zu reagieren, worauf dann verschiedene Massnahmen zum Energiesparen beschlossen wurden. Diese Massnahmen wurden per 31. März 2023 aufgehoben und am kommenden Dienstag erfolgt das Debriefing im Gemeindeführungsstab.

Zu Artikel 5 des Bevölkerungsschutzgesetzes des Kantons Schaffhausen. Absatz 2 lautet: die Gemeinden schaffen notwendige Strukturen, Organisationen und Bestimmungen und zusätzlich Artikel 7, Absatz 1: zur Sicherstellung der zivilen Führung im Falle eines bevölkerungsschutzrelevanten Ereignisses bestimmen die Gemeinden ein Führungsorgan. Mit dem Gemeindeführungsstab und den Alarmierungsschemas zu Katastrophe und Bedrohung und den Sirenen sind diese Vorgaben erfüllt. In jedem Schema sind auch die entsprechenden Zuständigkeiten geregelt.

Was hingegen in die Organisation der Gemeinden fällt, ist das Betreiben der Notfalltreffpunkte (kurz NTP), der Anlaufstelle im Ereignisfall, bei der diverse Hilfestellungen geleistet werden. Dazu ein kleiner Rückblick: mit Schreiben vom 22. Mai 2018 wurden die Gemeinden durch den Kanton, im Rahmen dessen Notfallplanung bei Evakuierungen nach grossräumigen Katastrophen, beauftragt mindestens einen zentralen Notfalltreffpunkt auf Gemeindegebiet zu definieren. Dieser soll innert rund 15 Gehminuten erreicht werden können, womit grössere Gemeinden mehrere Treffpunkte festlegen mussten. In der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall wurden, wie euch allen sicherlich bekannt, drei Treffpunkte bei den Schulhäusern Kirchacker, Rosenberg und Gemeindewiesen definiert und mit Gemeinderatsbeschluss vom 16. Oktober 2018 verabschiedet.

In der Zwischenzeit hat der Kanton die Richtlinien bezüglich Betrieb der NTPs präzisiert: Die NTPs müssen innerhalb einer Stunde nach Alarmierung in Betrieb genommen werden und von mindestens zwei Personen betrieben werden können, dies können Gemeindemitarbeitende, Angehörige der Feuerwehr, Samariter o.ä. sein. Mit Beschluss vom 12. Januar 2021 hat der Gemeinderat das Konzept Notfalltreffpunkte auf Gemeindegebiet genehmigt. Anschliessend erfolgte die Beschilderung der Standorte und die Information der Bevölkerung mittels Broschüre. Der Postulant weiss ganz bestimmt, dass die Inbetriebnahme der Notfalltreffpunkte am Samstag-Vormittag 26. November 2022 auf dem gesamten Kantonsgebiet geübt wurde. Dabei hat selbstverständlich auch die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ihre drei NTPs eingerichtet und in Betrieb genommen, was sehr gut funktioniert hat. Darüber hinaus konnten bereits sechs Freiwillige, ehemalige Feuerwehrleute, zur Unterstützung beim Betrieb der NTPs gewonnen und in die Alarmierungsliste aufgenommen werden. Daneben sind die Mitglieder des Gemeindeführungsstabs, des erweiterten Gemeindeführungsstabs, die Verwaltungspolizei, die Alarmgruppe Null der Feuerwehr (Ersteinsatzformation), sowie alle Abwarte der Schulhäuser, der Rhyfallhalle und des Stadions Langriet auf der Alarmierungsliste. Alle diese involvierten Personen wurden



EINWOHNERRAT

am Abend des 27. Februars 2023 durch einen Probealarm beübt, was ebenfalls sehr gut funktioniert hat. Wie es der Gemeindepräsident bereits anlässlich der Sitzung vom 12. Januar 2023 erklärt hat, hat sich der Gemeindeführungsstab bei seinen Zusammenkünften Gedanken zu vielen Szenarien gemacht und auch den Betrieb der NTPs und die Möglichkeiten für die Einrichtung weiterer Massnahmen wie z.B. Wärmeinseln ausführlich diskutiert. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass sich die Bevölkerung von Neuhausen am Rheinfall sicher fühlen darf. Im Namen des Gemeinderates bitte ich den Postulanten nochmals den Vorstoss in eine Interpellation umzuwandeln. Im Falle des Festhaltens am Postulat beantrage ich bei euch, geschätzte Einwohnerinnen und Einwohnerräte, dieses nicht zu überweisen oder nach Überweisung direkt abzuschreiben, da aus unserer Sicht, wie bereits ausgeführt, keine Prüfung verlangt wird und die Fragen des Postulanten beantwortet sind. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

ER-Arnold Isliker:

Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Notfalltreffpunkt, Wärmeinseln: jetzt muss mir mal jemand sagen und erklären, wie man es sich vorstellt, bei nun bald 12'000 Einwohnern, dass sich bei einem Blackout auf den 3 Plätzen fast 4'000 Leute, von der Grossmutter bis zum Säugling, versammeln. Wie sollen diese Leute mit einer Wärmeinsel versorgt werden, für mich eine Frage mit einem grossen Fragezeichen.

Der Gemeinderat hat uns jetzt im langen und breiten erklärt, wie das funktioniert und es ist eigentlich eine Sache vom Bund und den Kantonen, wie es letztens ausführlich auch unser Gemeindepräsident dargestellt hat. Was aber nicht diskutiert wurde, sind kriegerische Handlungen oder Anlässe, welche auch zu solchen Vorfällen führen können. Ich möchte einfach nochmals darauf hinweisen, dass die Schweiz eigentlich neutral ist, obwohl in letzter Zeit, auch vom Präsident der FDP Schweiz, die Neutralität in Frage gestellt wird. Wir sind eigentlich von Nato-Ländern eingeschlossen und diese sollten eigentlich keine kriegerische Handlungen vornehmen, folglich sollten wir von dieser Seite nichts erwarten, ausser es ist wie früher im ehemaligen Jugoslawien wo die Nato sich erlaubt hat einen Angriffskrieg zu führen. Was unsere grössere Gefahr ist, und darauf habe ich letztens auch unseren Baureferenten darauf hingewiesen: wir haben in Neuhausen eine neue Wasserversorgung Schaffhausen/Neuhausen/Beringen, wie sind wir Gemeinden von der Cyberkriminalität geschützt? Diese ist auch vom Bund erkannt worden, sodass unsere Bundesrätin Viola Amherd, eine Truppe ins Leben gerufen hat. Das finde ich enorm wichtig. Wenn sowas passiert, und wie wir sehen, dass dies in letzter Zeit vermehrt passiert, auch in kleineren Gemeinden und Geschäften. Die Cyberkriminalität kann die Schweiz lahmlegen. Wir von der SVP/EDU lehnen dieses Postulat ab, da es nicht notwendig ist und die Massnahmen welche uns vorgestellt wurden, eigentlich genügend sind.

ER-Roland Müller:

Liebe Alle

Ja, auch wir von den Grünen möchten uns zu diesem Vorstoss äussern.

Der Postulant beklagt in der ursprünglichen Version des Postulates einen Abbau des Bevölkerungsschutzes als Folge davon, dass die Feuerwehr Neuhausen mit zwei anderen Gemeinden fusioniert wird und somit Handlungsfreiheit verliere. Und generell sieht er Probleme auf die Gemeinde zukommen, weil sie alleine dastehen werde und diese selbst lösen müsse, was wir als ziemliche Schwarzmalerei empfinden.

Grundsätzlich zeigt sich aus unserer Sicht, dass der Bevölkerungsschutz eine komplexe Herausforderung darstellt, wobei die verschiedensten Akteure und Organisationen auf allen Ebenen – Bund / Kanton/ Gemeinde – mitwirken müssen. Dies kam deutlich zum Ausdruck in den Ausführungen des Gemeindepräsidenten zur Notfallplanung Energiemangel auf Grund eines Postulats, das ja auch von Peter Fischli stammte. Felix Tenger nahm sich damals eine geschlagene Stunde Zeit für seine Ausführungen, was nicht allen gefiel, aber nichtsdestotrotz aufzeigte, dass



EINWOHNERRAT

die Gemeinde wohl vorbereitet ist, das Ganze jedoch auch in einem grösseren Kontext gesehen werden muss.

Wir verstehen zwar nicht so viel vom Bevölkerungsschutz wie Peter Fischli, wagen jedoch trotzdem Zweifel in Bezug auf Sinn und Zweck des Postulats anzumelden. Für uns ist der verengte Blick nur auf die Gemeinde deshalb nicht wirklich zielführend. Viel mehr gehen wir davon aus, dass eine gut funktionierende Notfall-Organisation zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen in erster Linie von einem guten Zusammenspiel der verschiedenen Gremien und Akteure, also gemeinsam mit anderen Gemeinden und dem Kanton, eventuell auch mit dem Bund, abhängt.

Grundsätzlich würden wir es begrüssen, wenn der Gemeinderat zu den aufgeworfenen Fragen noch genauer Stellung nehmen würde. Aber zu diesem Zweck erachten wir es für sinnvoller, wenn der Postulant den Vorstoss als Interpellation eingegeben hätte. Sollten bei der Diskussion problematische Aspekte zum Vorschein kommen könnte Peter Fischli dann immer noch ein klar formuliertes Postulat nachreichen.

ER-Thomas Leuzinger:

Die SP-Fraktion hat das Postulat von Peter Fischli etwas ratlos zur Kenntnis genommen. Der Bevölkerungsschutz ist wichtig, da sind wir uns einig. Was genau in diesem Vorstoss bezweckt werden soll ist für uns allerdings und ab jetzt, nach den Ausführungen des Gemeinderates, noch mehr weitgehend fraglich. Peter Fischli hat seinen Vorstoss nochmals angepasst. Jetzt fehlen die Begründung, weshalb auf der Gemeindeebene gehandelt werden muss, gänzlich. Das ist etwas irritierend. Es ist einzig vom Abbau die Rede, der verhindert werden soll, was wohl auf die Feuerwehr gemünzt ist. Allerdings ist diese nicht einfach weg und eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ist im BevSG nicht im BSG, das ist das Brandschutzgesetz, ebenfalls als Möglichkeit erwähnt. Dass die neue Feuerwehrorganisation im Rahmen des Bevölkerungsschutzes gut eingebettet sein wird, davon gehen wir eigentlich aus. Die Argumentation von Peter Fischli im früheren Vorstoss ist für uns ebenfalls wenig plausibel. Die Gefahrenlage, die in der ersten Version beschrieben wurde, können nicht auf Gemeindeebene gelöst werden. In Fällen wie einen grossflächigen Stromausfall oder einer Pandemie, sind ohnehin übergeordnete Stellen involviert, welche die Koordination übernehmen und weit besser für diese Aufgaben ausgerüstet sind. Im BevSG heisst es auch, der Kanton ist für Vorbeugungsmassnahmen zur Bewältigung von Bevölkerungsschutz relevanten Ereignissen verantwortlich, sobald mehrere Gemeinden betroffen sind. Wenn es einen Handlungsbedarf gäbe, dann wäre das beim Ausbau von ausgebildetem Personal und der Technik sowie Infrastruktur der zivilen Nothilfeorganisationen wie dem Zivilschutz, die bei einer Katastrophe mobilisiert und aktiviert werden könnten. An dieser Stelle würden wir Peter Fischer empfehlen, dass er erst einmal versucht, auch seinen Partei Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, dass die Bewältigung von Umweltkatastrophen und Notlagen aus heutiger Sicht die grössten Herausforderungen darstellen, und dass Kampfjets wenig gegen Tierseuchen, Starkregen oder Pandemien bringen. Wenn sich Peter Fischlis Partei die FDP dazu überwinden könnte, die Mittel entsprechend der Gefahrenlage einzusetzen, müsste er sich jetzt sicher weniger Sorgen machen. Aus unserer Sicht hat die Gemeinde bereits dringlichere Baustellen in ihrem Verantwortungsgebiet, wie die Bewältigung des Bevölkerungswachstums, die Förderung des langsam Verkehrs oder die Aktivierung der Quartieren. Die SP steht dem Vorschlag deshalb insgesamt von teilnahmslos bis eher skeptisch gegenüber. Wir haben deshalb in der Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

ER-Randy Ruh:

Geschätzte Anwesende

Die GLP/Die-Mitte Fraktion hat das Postulat "Schutz der Bevölkerung in der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall" intensiv mit und ohne den Postulanten diskutiert.

Notfallplanungen sind in der der heutigen Zeit essenziell.



EINWOHNERRAT

Alleine zwischen 2015 und 2020 kamen im Bericht "Katastrophen und Notlagen Schweiz" des Bundesamts für Bevölkerungsschutzes 11 weitere Risiken zu den bisher vorhandenen 33 hinzu. Das ist ein Anstieg von einem Drittel - und das innerhalb von nur 5 Jahren. Strommangellage, Grippe-Pandemie, Ausfall des Mobilfunknetzes, Hitzewellen und Erdbeben - das sind nur mal die fünf grössten Risiken auf nationaler Ebene. Dass diese Risiken auch für den Kanton Schaffhausen gelten ist uns allen klar. Dass eine Organisation benötigt wird, welche im Notfall zur Unterstützung beigezogen werden kann, ist unabdingbar. Und genau dafür ist die kantonale Zivilschutzorganisation zuständig. Dass dies auch funktioniert konnte in den letzten Jahren bewiesen werden. Egal ob Contact Tracing, Unterstützung nach dem Hochwasser in Schleithelm, Flüchtlingswellen oder Brandwacht, der Zivilschutz kann unterstützen und Gemeinden entlasten.

Als Angehöriger der Zivilschutz Organisation des Kantons Schaffhausens und deren Stabskompanie kenne ich die Organisation und deren Leistungsfähigkeit. Gleichzeitig kenne ich aber auch die Grenzen des Möglichen. Der Zivilschutz hat aktuell einen Bestand von rund 600 Personen. 600 Personen hört sich nach sehr viel an, das täuscht jedoch, wenn man sich ein über den gesamten Kanton erstreckendes Ereignis vorstellt und bedenkt, dass es sich um eine Milizorganisation handelt. Sollte der utopische Fall eintreten und es könnten tatsächlich alle diese 600 Personen einrücken, wären das gerade einmal 23 Personen pro Schaffhauser Gemeinde. Erst recht relativiert sich diese Zahl, wenn Aufgaben im 24h Betrieb ausgeübt werden müssen. Durch einen 3x8h Schichtbetrieb sind es dann gerade einmal noch 7,6 Personen pro Gemeinde. Zur Erinnerung: Wir gehen hier vom Optimalfall aus.

Was will ich mit dem nun Aussagen?

In einem grossen Ereignis können die Schaffhauser Gemeinden nicht einfach auf den Zivilschutz warten, der dann in nützlicher Frist alle Probleme selbständig aus dem Weg räumt. Die Gemeinden müssen sich im Notfall auch über den GFS hinaus selber organisieren können und dann noch Unterstützungsleistungen beim Zivilschutz beziehen.

Somit teilen wir die grundlegenden Anliegen des Postulanten. Die GLP/die Mitte Fraktion unterstützt das Postulat geschlossen.

ER-Herbert Hirsiger:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Zurzeit bin ich ziemlich engagiert und habe sehr, sehr viele Arbeitsstunden. Wenn wir davon ausgehen, dass wir hier über den Schutz der Bevölkerung sprechen, dann geht es mir nicht darum, ob jetzt irgendein Flugzeug hier darüber fliegt, sondern es geht mir um ganz einfache Massnahmen. Es wurde zum Teil angesprochen, es ist das notwendige Trinkwasser. Wir haben die Chance in Schaffhausen eigene Energie zu produzieren. Wie sieht das für sie im Kanton Graubünden aus? Ist der Kanton Graubünden für sie ein Kanton der Zugriff auf Strom hat, ich spreche jetzt nicht von Energie im Allgemeinen, sondern ich spreche über Strom.

Ich glaube sie würden befürworten, dass dies dort vorhanden ist. Ich bin jetzt beauftragt worden dort oben zu prüfen, ob in einer Strommangellage, der Strom ausreichen würde, um das Wassernetz zu versorgen. Wissen sie wieviel Liter Wasser sie pro Tag zur Verfügung haben, wenn ein Strommangellage herrscht und die Pumpstationen nicht oder nur reduziert betrieben werden dürfen. Das sind Aufgaben, die sind mir jetzt gestellt worden: ich kann Ihnen sagen, die meisten haben sich versteift auf 15 Liter. Man muss aber wissen, dass Pflegeheime und Spitäler 150 Liter pro Person bekommen. Jetzt findet dort noch die grosse Diskussion statt: betrifft das auch die Arbeitenden, die dort sind. Deshalb bin ich der Meinung es lohnt sich schon, sich mal gewisse Gedanken darüber zu machen: wie wir darauf reagieren, falls eine Notfallsituation eintritt? Müssen wir uns darüber keine Gedanken machen?

Ich bin auch nicht ganz überzeugt davon, dass das in einem Postulat gemacht werden muss. Ich bin überzeugt, dass so eine Frage grad bezüglich des Trinkwassers auch in einer Interpellation oder in einem anderen Bereich, beantwortet werden könnte, aber ich muss Ihnen sagen



EINWOHNERRAT

es interessiert mich schon, ob wir in der Lage sind, bei einem kompletten Stromausfall, der über ihren Tag gehen kann, unsere Bevölkerung mit Wasser zu versorgen, oder bei einer Notsituation, wo ist dann heisst das Wasser darf nur, oder die Stationen dürfen nur für 6 Stunden betrieben werden. Das sind Gedanken, die man sich sicher machen müsste und was interessant wäre zu hören, ob man sich darüber auch Gedanken gemacht hat. Wie gesagt, ich bin hier relativ offen.

ER-Peter Fischli:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste
Sie mussten sich in den vergangenen Monaten einige Male mit dem Bevölkerungsschutz auseinandersetzen. Es geht mir genau um die kommunalen Massnahmen. Die kommunalen Massnahmen, welche der Herr Gemeindepräsident im Januar eigentlich am Schluss des einstündigen Vortrages ziemlich kurz erwähnt hat und die zum Teil immer noch Pendent waren. Man weiss, was man machen will aber keine Silbe davon und worüber wie man es machen will. Es ist richtig erkannt worden, dass es teilweise eine Information ist, aber es sind nicht nur Informationen; es braucht halt auch Überlegungen organisatorischer Art, Ausbildungswesen, vielleicht braucht es auch Ausrüstung usw.

Nun zum Bevölkerungsschutz: Der Bevölkerungsschutz, aber auch die Feuerwehr, oder auch jedes andere Ereignis lebt immer davon, dass man Hilfe von aussen in die betroffene Zone bringt. Ja wenn wir ein flächendeckenden Blackout im Mitteleuropa haben, und jetzt sage ich es heute glaube ich zum dritten oder vierten Mal und in diesem Raum glaube ich zum 20. Mal, dann hilft uns niemand, dann müssen wir uns selbst helfen. Das ist die Quintessenz, das ist gemeint in Absatz 3. Unter Behörden ist nicht irgendwelche Bundes- oder Kantonsbehörde gemeint, sondern die Gemeindebehörde. Immer wieder muss man den Dingen halt auch auf den Grund gehen. Es tut mir leid, aber so ist es.

Ich habe nicht vor eine Interpellation daraus zu machen, ich sage nichts mehr dazu. Ich habe es ihnen schon gesagt, ich denke ich habe meine Pflicht getan.

ER- René Sauzet:

Geschätzte Damen und Herren, geschätzter Gemeinderat und Gemeinderätin, liebe Gäste
Ein sehr interessantes Thema haben hier wieder zum Schluss unserer Sitzung von heute Abend. Peter Fischli ist ja der wirkliche Fachmann, welcher sich sehr gut auskennt mit den Aufgaben des Bevölkerungsschutzes. Er hat auch aufgezeigt, was wirklich in einem Ernstfall passieren könnte, dass wir nicht mehr so sehr Herr der Lage sind. Er hat uns auch aufgezeigt, dass hier vom Gemeinderat Massnahmen weiter bearbeitet werden sollten.

Wir haben aber auch vom Gemeinderat gehört, dass die Bundesgesetze und das kantonale Bevölkerungsschutzgesetz wirklich organisiert sind; mit Massnahmen und vom Konzept der Notfalltreffpunkte bereits ein Ablaufdiagramm, allerdings nur auf Papier, besteht. Wir haben auch gehört, dass eine Probegang bereits durch geführt wurde. Dazu habe ich noch eine Frage: es ist ja so, dass wir sehr viele Personen benötigen für den 24 Stunden Betrieb bei 3 Treffpunkten, vielleicht gibt es hierzu später noch eine Antwort dazu, wie das zu bewerkstelligen gedenkt wird.

In weiteren wurde noch die Wasserversorgung angesprochen, darüber habe ich mir auch Gedanken gemacht. Ich hatte die Gelegenheit einen Rundgang der Wasserversorgung von Neuhausen zu machen, welche vor einigen Jahren umgebaut wurde: das Pumpwerk am Rheinfall und die Reservoirs sind neu erstellt worden. Ich hatte bei diesem Rundgang die Möglichkeit auch Fragen zu stellen:

- Wie sieht es aus wenn ein Stromausfall eintritt? Wie geht es da weiter?

Da wurde mir dann erklärt, dass in diesem Fall ein Notstromaggregat angeschlossen werden kann und das Wasser vom Pumpwerk Rheinfall in die Reservoirs gepumpt werden kann und von dort läuft es dann ja wieder von selbst zu uns zu Hause.



EINWOHNERRAT

- Wurde das geprobt? Wurde das mal ausgeführt?

Der Begleiter der mich damals instruiert hat, hat gesagt «Jawohl. Wir haben mal für 2 Tage nur mit dem Pumpwerk Neuhausen Rheinfall die Gemeinde Schaffhausen, Neuhausen und Berlingen versorgt, und das hat funktioniert.»

Dadurch habe ich jetzt Vertrauen in unsere Wasserversorgung in Neuhausen. Warum sage ich das, aus einem einzigen Grund: man kann auch mal selbst Informationen holen wenn man nachfragt.

ER-Ernst Schläpfer:

Ich bitte sie das Postulat nicht zu überweisen. Peter Fischli hat gesagt, er möchte es nicht in eine Interpellation umwandeln. Wir haben ja bereits interpelliert, wir haben darüber gesprochen. Er möchte darüber abstimmen lassen, dass kann er, und ich bitte sie das nicht zu überweisen. Und den Gemeinderat bitte ich nochmals ernsthaft: wenn das Postulat überwiesen wird, dann kann man es nicht, oder soll man es nicht abschreiben sondern man soll es in einem anständigen Bericht beantworten. Wenn das so wäre, dass man genügend zufrieden ist mit der Antwort des Gemeinderates dann muss man das Postulat nicht überweisen. Und das letzte, was ich zum Einwohnerrat sagen möchte: mich stört es, dass in der Zwischenzeit kleine Anfragen, auch Interpellationen und Postulate von bald dem ganzen Rat unterschrieben werden. Eine Interpellation, da kann jeder mitsprechen, hier müssen nicht alle vorher unterschreiben, die können dann ihre Meinung sagen. Beim Postulat ist es dasselbe. Wenn ich ein Postulat erhalte bei dem schon 15 unterschrieben haben, was soll da dann noch darüber diskutiert werden, das ist dann eh schon von allen angenommen. Also ich finde das ein Verلودern des Einwohnerrates. Bei der Motion ist es etwas anderes, dort soll der Gemeinderat wissen, was er gemacht hat. Aber bei den Postulaten oder Interpellationen, welche von bald schon 20 Leuten unterschrieben sind, erübrigt sich jede Diskussion.

GR-Christian di Ronco:

Ich möchte nur nochmal kurz was zur Cyberkriminalität sagen: die SH Power versorgt im Auftrag der Gemeinde Neuhausen die Wasser und Gaswerke und wir haben bereits in 2019 ihnen bereits schonmal den Auftrag gegeben die Wasserwerke zu knacken. Wir haben ja von Arnold Isliker gehört, dass es da Spezialisten gibt die das machen.

Dabei hat man feststellen können, dass die sind von aussen her sicher sind. Nicht die sind das Problem, sondern die Firmen, über Softwareupdates usw., welche den Service und Unterhalt machen. Hier müssen noch entsprechende Massnahmen getroffen werden. Wir haben in Neuhausen jetzt z.B. eine Station, wo ein Server steht, der ist sicher von aussen her, hier kann niemand was machen. Zudem sind Eingänge geschlossen und auch Kamera überwacht, man würde also sehen wenn sich dort jemand zu schaffen macht, und könnte sofort eingreifen. Von da her haben wir eine gute Sicherheit. Die Remotezugänge müssen noch gesichert werden. Bei den Firmen gibt es ein gewissen Handlungsbedarf. Die Firmen haben gesagt es sei alles sicher, aber man konnte aufzeigen, dass doch noch was zu tun ist.

GR-Andreas Neuenschwander:

Es war jetzt wieder eine etwas wirre Diskussion von Punkten die in diesem Postulat gar nicht gefragt waren. Ich möchte trotzdem das eine oder andere Aufgreifen:

René Sauzet und auch Peter Fischli haben das Notfallkonzept angesprochen, dass ich ihnen auch zugestellt habe. Peter Fischli hat es mit einen dicken Fragezeichen versehen. Selbstverständlich wurde das Konzept, nachdem es beim Gemeinderat befürwortet worden war, an das zuständige Departement im Kanton geschickt. Arnold Isliker hat die Wärmeinseln angesprochen, selbstverständlich müssen hier mehrere Wärmeinseln, z.B. in Turnhallen eingerichtet werden, das ist klar. Die Geschichte mit dem Trinkwasser wurde wiederholt aufgegriffen. Ich glaube das hat Christian di Ronco gut erklärt, Felix Tenger hat es am 12. Januar erklärt; da will ich



EINWOHNERRAT

eigentlich nicht nochmals darauf eingehen. René Sauzet hat nochmals wegen dem Betrieb gefragt: da ist es natürlich so, dass man sich fragen muss wann kommt ein solcher Betrieb zu tragen. Wenn wir von eine Blackout reden, dann haben wir schon nur in der Gemeinde eine gewisse Anzahl von Leuten, welche keiner anderen Arbeit nachgehen können und daher auch zur Verfügung stehen würden. Aber wir sind uns alle einig, wenn es wirklich einen Blackout gibt, grossflächig oder europaweit, dann hat nicht nur die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ein Problem sondern dann haben alle ein Problem. Ich habe versprochen, und es wurde auch an der letzten Sitzung protokolliert, eine Antwort bezüglich der Frage von Einwohnerrat Herbert Hirsiger zur Checkliste zu geben: es geht hier um die Evakuierung eines Gebietes welches in akuter Gefahr ist, nicht wie du befürchtest hast, dass alle gleichzeitig rennen oder fahren müssen. Es wäre wirklich so, dass zu Beginn über Radio, Fernseher oder Alert Suisse die Menschen die Information erhalten: «Ihr müsst das Gebiet verlassen und ihr müsst dort hin», das bedeutet nicht die Leute müssen alle dorthin nur solche Personen die kein Transportmittel zur Verfügung haben. Das, einfach bezüglich deiner Befürchtung, dass Stau entstehen könnte. Auch René Sauzet hat sich nach der letzten Sitzung gemeldet und hat den Gemeinderat gebeten weitere Auskünfte bezüglich der Organisation des Bevölkerungsschutzes in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall zu geben, und ich hoffe ich habe das mit meinen Ausführungen getan.

ER-Peter Fischli:

Ich habe ihnen heute Abend erklärt, warum dieser Ablauf nicht stimmig ist. Er ist nicht stimmig, und ich kann jetzt das Fragezeichen abdecken. Darunter ist nichts. Da unten kommt nichts, weil in dem Fall wo alle betroffen sind keine Mittel vorhanden sind und das ist abgesprochen mit dem Amtsleiter Bevölkerungsschutz und der Armee, darüber können sie sich sicher sein, dass ich das vorab gemacht habe. Es ist bekannt und das wurde auch korrigiert. Aber offensichtlich ist das in unseren Vorbereitungsmaßnahmen für eine Energiemangellage, welche möglicherweise nächsten Winter, oder übernächsten Winter wieder kommt, nicht eingeflossen. Also wenn das nicht stimmt, dann stimmen vielleicht auch andere Sachen nicht.

ER-Arnold Isliker:

Es ist sehr interessant wenn man von Notfallinseln redet. Unsere Gäste haben heute Abend feststellen können, dass man mit dem Fahrzeug hierher kommen kann wenn man nicht gut zu Fuss ist. Wir haben jetzt schon Verkehrschaos, ich möchte mir gar nicht vorstellen was es hier für einen Rückstau geben wird wenn wir mal so eine Situation haben werden. Im Weiteren bezüglich dem, was René Sauzet gesagt hat, er war am Rheinfall, und klar hat es dort unten eine Notstromgruppe; aber es ist interessant für mich: ich habe Diesel im Blut und dazu stehe ich auch, aber alle wollen weg von den fossilen Energien, Gas, Diesel, Benzin, und was brauchen wir wenn wir eine Notfallsituation haben? Wie ist denn die Situation in Deutschland, wo man die letzten AKWs abgestellt hat? Dort wird mit Kohle ihre Stromproduktion wieder nach oben fahren, sie bekommen die Kohle aus Kolumbien und ihre eigene Kohlebergwerk sind stillgelegt. Für mich sind das Sachen welche hier auf dieser Welt passieren, welche für mich nicht mehr erklärbar sind. Wenn wir weg von der fossilen Energie wollen, dann haben wir kein Notstromaggregat mehr. Danke.

ER-Präsident Urs Schüpbach:

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Wir stimmen ab.

Wer das Postulat an den Gemeinderat überweisen will, hebe bitte die Hand.

Wer das Postulat nicht überweisen will, hebe bitte die Hand.

EINWOHNERRAT

Enthaltungen

Sie haben das Postulat mit 11 zu 5 Stimmen und 3 Enthaltungen nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 15. Juni 2023 statt.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Urs Schüpbach
Präsident

Barbara Zanetti
Aktuarin